IMT Nuremberg Archives

H – 704

International Court of Justice

H0704-0002

Notice.

Not to be published until presented before the tribunal in open court and then only that portion actually submitted as evidence.

Ne pas publier avant présentation devant le tribunal en audience publique et seulement la partie réellement versée au dossier.

Nicht zu veroeffentlichen vor Darlegung vor dem Gericht (Tribunal) in oeffentlicher Sitzung und dann nur jenen Teil, welcher tatsaechlich zur Beweisfuehrung uebermittelt wurde.

Не публиковать до того, как представлено на публичном заседании трибунала и только ту часть, которая представлена в качестве доказательства.

H0704 - 0003

I certify that none of the documents included herein have been denied by the tribunal and that this document book has been examined with the prosecution in accordance with the ruling of the tribunal dated 4 April 1946.

Je certifie qu'aucun des documents ci-inclus n'a été contesté par le Tribunal, et que ce livre de documents a été examiné par le Ministère Public suivant les règles du Tribunal, en date du 4 Avril 1946.

Ich bestaetige, dass keine der hierin enthaltenen Dokumente vom Gerichtshof abgelehnt wurden und dass dieses Dokumentenbuch gemeinsam mit der Anklagevertretung durchgesehen wurde, in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Gerichtshofes vom 4. April 1946.

F. Seidl

Signature of Counsel

Signature de l'Avocat

Unterschrift des Verteidigers

Franks Tagebuch, Regierungssitzungen 1941, Oktober-Dezember

Regierungssitzung
Sonnabend, den 18. Oktober 1941 im Gebäude der Kreishauptmannschaft Radom.

Seite 18, 19 und 2o

Der Herr Generalgouverneur richtete zum Abschluss der Sitzung folgende Ansprache an die Tagungsteilnehmer: ...

... Das Generalgouvernement ist ein Land, das nur Schwierigkeiten kennt. Wir sind 1939 in einem völlig zerstörten Gebiet eingesetzt worden, und zwar in einem Zeitpunkt, in welchem der grösste Krieg aller Zeiten erst begann. Es ist klar, dass die Aufgaben, die uns bis heute gestellt waren, nicht zu dem Erfolge führen konnten, dass wir hier nun ein Paradies, eine Insel des Glückes und des Friedens haben. Wir wissen aber bestimmt, dass wir mit dem Einsatz bester Kräfte, mit rücksichtsloser persönlicher Einsatzbereitschaft erreicht haben, was man billigerweise hat von uns verlangen können. Nun stehen wir an einem Punkt, an welchem, verwöhnt, durch die Ergebnisse, die Reichsinstanzen beginnen, den berühmten roten Alarmstrich, den man an jeder Dampfkesselanlage findet, zu übersehen. Die Forderungen, die das Reich trotz aller Hinweise auf die Schwierigkeiten unserer Lage in ernährungsmässiger Beziehung oder beispielsweise hinsichtlich der Zurverfügungstellung von Truppenübungsplätzen an uns stellt, gehen bereits an diesen roten Alarmstrich heran. Ich werde einmal diesen Forderungen gegenüber zum Ausdruck bringen, dass unsere Kraft am Ende ist, und wir dem Führer gegenüber eine weitere Verantwortung nicht übernehmen können. Auch irgendwelche Weisungen, Anordnungen, Drohungen usw. könnten mich nicht veranlassen, diesen auch unter den weitgehendsten Kriegsansichten nicht mehr erträglichen Anforderungen ein scharfes Nein entgegenzusetzen. Ich werde nicht zulassen, dass das, was Sie, Herr

H0704 - 0004

Naumann, so nachdrücklich andeuteten, eintritt, dass z. B, etwa die Bereitstellung von grossen Flächen für Truppenübungsplätzen zu einer vollkommenen Zertrümmerung der Ernährungslage in dieser schon völlig unzureichenden Ernährungssituation führt. Soweit ich das persönlich durchsetzen kann, werde ich auch nicht davor zurückschrecken, mich persönlich an den Führer zu wenden. Ich hoffe aber, dass wir in Übereinkommen mit den Herren der Wehrmacht und den Instanzen des Reiches zu einer Lösung dieser Frage kommen werden.

H0704 – 0005

2233 - PS

Franks Tagebuch, Regierungssitzungen 1941, Oktober-Dezember

Regierungssitzung

Montag, den 2o. Oktober 1941
im Dienstgebäude der Distriktverwaltung
K r a k a u .

Seite 5

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, dass eine der wichtigsten Fragen

1. Die Aufbesserung der Bezüge der polnischen Polizei sei;
2. müsse eine disziplinäre Anweisung an alle Dienststellen dahin ergehen, dass bei Kontrollen auch den polnischen Polizeibeamten Auskunft von jedem Reichsdeutschen, gleich welchen Dienstranges, gegeben werde.

H0704 – 0006

Franks Tagebuch, Regierungssitzungen 1941 Oktober-Dezember

Regierungssitzung

Montag, den 2o. Oktober 1941
im Dienstgebäude der Distriktverwaltung
K r a k a u .

Seite 13, 14, 15

Präsident Dr. Frauendorfer weist auf das starke Missverhältnis zwischen den in der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft gezahlten Löhnen und dem Lebenshaltungskosten hin. Hier müsse man durch gewisse Aufbesserung der Löhne im Einzelfall Härten ausgleichen. ..

Seite 14

... Die Sozialversicherung arbeite finanziell mit ausgezeichneten Ergebnissen. Es sei möglich, die an sich sehr niedrig liegenden Renten in der gesamten Rentenversicherung zu erhöhen. Eigenartigerweise hätten sich verschiedene Ressorts dagegen gewendet mit der Begründung, dass eine Erhöhung der Rentenbezüge auch eine Erhöhung aller übrigen Bezüge nach sich ziehen müsste. Diese Befürchtung sei aber angesichts der geringen Höhe der Renten unbegründet.

Die Hauptabteilung Arbeit habe bisher über 4oo ooo Landarbeiter und 1oo ooo gewerbliche Arbeiter, und zwar qualifizierte Kräfte, ins Reich vermittelt. Der Reichsarbeitsminister habe ausdrücklich anerkannt, dass damit von Seiten des Generalgouvernements ein entscheidender Beitrag für die Wirtschaft des Deutschen Reiches geleistet worden sei. Gegenüber der Klage, dass Arbeiter aus den Betrieben weggenommen würden, müsse daran erinnert werden, dass die Arbeitsämter im Generalgouvernement die Arbeit vermitteln. Es würden ungeheure Mengen von Menschen umgesetzt und diese Arbeit sei unvergleichlich viel grösser, weil viele

H0704 - 0007

Arbeiter aus wirtschaftlichen Erwägungen den Arbeitsplatz wieder verliessen. Die Folge sei, dass so und so oft vermittelt werden müsse, bis ein Arbeitsplan mit einer ständigen Arbeitskraft ausgefüllt sei. Auf diesem Gebiet gebe es Notwendigkeiten, die anderen vorangehen müssten. Hier spielten vor allem die Anforderungen der Wehrmacht und der Organisation Todt eine grosse Rolle. Es sei selbstverständlich, dass für einen solchen Zweck aus einem Betrieb einige Mann abgezogen werden müssten.
Er begrüsse es, dass sich in der Frage der polnischen Arbeiter im Laufe des letzten Jahres dank der Bemühungen der Hauptabteilung Wirtschaft und insbesondere der Unterstüzung durch den Herrn Generalgouverneur doch eine Wandlung zu einer im allgemeinen erträglichen Behandlung und Auffassung dieses Problems vollzogen habe. Im Reichsarbeitsministerium sei unter Zustimmung sämtlicher beteiligten Ressorts festgestellt worden, dass diejenigen Polen, die im letzten Jahr auf 9 Monate verpflichtet worden seien, grundsätzlich wieder ins Generalgouvernement entlassen werden sollten, dass aber auch denjenigen, die früher vermittelt worden seien, ein mehrwöchiger Urlaub ins Generalgouvernement gewährt werden solle. Die Lösung dieser Frage sei von der Transportmöglichkeit abhängig gemacht worden. Aus dieser Massnahme ergebe sich, auch psychologisch gesehen, eine bessere Werbungsmöglichkeit. ..

HO704-0008

2233 - PS

Franks Tagebuch, Regierungssitzungen 1941 Oktober-Dezember

Sitzung der Regierung des Generalgouvernements
Grosser Sitzungssaal des Regierungsgebäudes,
Krakau, den 16. Dezember 1941.

Seite 3, 5, 6, 13

Ich erteile zunächst das Wort dem geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann zu einem Bericht über die

allgemeine Versorgungslage des Generalgouvernements.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann:

Seite 5

Wie sieht es nun im Augenblick mit der Lebensmittelversorgung im Generalgouvernement aus: In meinen Ausführungen auf der Regierungssitzung am 5.9. d. J. hatte ich erklärt, dass falls das Generalgouvernement auf Grund der eben angeführten grossen Vorbelastungen keine Lieferungen an Wehrmacht und Reich durchzuführen hätte, für einige wichtige Nahrungsmittel eine Rationserhöhung durchgeführt werden könnte. Am 1. Oktober habe ich die bereits in der Regierungssitzung am 5.9. in Aussicht gestellte Wiederherstellung des alten Rationssatzes von 1 400 gr. Brot pro Kopf der nichtdeutschen Normalverbraucherschaft, unter Zurückstellung schwerster Bedenken angeordnet. Ich bin überzeugt, dass diese Massnahme in Verbindung mit mancherlei anderen von meiner Hauptabteilung durchgeführten Versorgungsmassnahmen wesentlich zur Entspannung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und praktisch zu einer Bekämpfung des Schleichhandels beigetragen hat. Ich spüre diese praktische Schleichhandelsbekämpfung in einer erheblichen Verbesserung der Erfassung von Brotgetreide gegenüber dem Vorjahre. Während im vergangenen Jahr am 10. Dez. im damaligen Gebiet des Generalgouvernements

H0704 - 0009

unmittelbare Gefahr in dieser Richtung nicht vorliege. Es sei wohl auch damit zu rechnen, dass die Versorgungssätze des Generalgouvernements aufrecht erhalten bleiben könnten.

H0704 – 0010

Franks Tagebuch 1942, Band I, Eintragungen vom 16.1.1942.

Seite 54 - 66

Empfang einer ukrainischen Abordnung unter Führung des Leiters des ukrainischen Hauptausschusses Universitätsprofessor Wolodymyr Kubijowitsch in Anwesenheit des Leiters der Abteilung für Bevölkerungswesen und Fürsorge Dr. Föhl, Dr. Heinrich, Oberst Bisanz und des Pressechefs der Regierung Gassner im Königssaal der Burg.

H0704 – 0011

Seite 63

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:
... Meine Einstellung zu den Ukrainern kennen Sie, ich möchte hervorheben, dass ich mein Vertrauen zur ukrainischen Bevölkerung wiederholt zum Ausdruck gebracht habe und feststelle, dass ich in diesem Vertrauen nicht enttäuscht wurde. Meine Einstellung wird immer dieselbe bleiben. Auch ich hoffe, dass durch die Zunahme der Bevölkerungszahl der Ukrainer im Generalgouvernement sich eine Fülle von Möglichkeiten für die Erweiterung der Mitarbeit des ukrainischen Volkes ergeben werden.

Seite 65 - 66

Im Anschluss daran findet im Königssaal der Burg eine kurze Aussprache statt:
Der Herr Generalgouverneur wünscht eine stärkere Heranziehung der Ukrainer in der Verwaltungsstelle des Generalgouvernements. In allen Dienststellen, in denen Polen beschäftigt seien, sollten auch Ukrainer prozentual ihrer Bevölkerungszahl in Erscheinung treten. Er ersucht Professor Kubijowitsch um Unterbreitung konkreter Vorschläge.

H0704 – 0012

Franks Tagebuch 1942, Band I, Eintragungen von 4.4.1942.

Seite 28o, 281, 282

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung folgenden Schreibens an Landgerichtsrat Taschner:

Ich bitte Sie, dem Herrn Reichsminister Dr. Lammers mit meiner von Ihnen beglaubigten Unterschrift folgende Stellungnahme mitzuteilen:

Ich widerspreche dem Gesetz über die Behandlung Gemeinschaftsfremder und ersuche, über diesen Entwurf eine Chefbesprechung binnen kurzem anzusetzen, in der es möglich sein wird, die entscheidenden rechtspolitischen Gesichtspunkte, die auch heute noch in schärfstem Masse gegen diesen Entwurf im einzelnen sprechen, darzulegen. Ich selber werde an dieser Sitzung persönlich teilnehmen. Meines Erachtens ist es völlig unmöglich, unter Ausschaltung des ordentlichen Gerichts den Polizeiorganen allein derartig weitreichende Zuständigkeiten zu übertragen. Die vorgesehene Spruchstelle beim Reichssicherheitshauptamt kann nicht den Rang eines ordentlichen Gerichts auch im Volksbewusstsein einnehmen.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der leider das Rechtsbewusstsein unseres Volkes manchmals als nicht so empfindlich angesehen wird, wie es das in der Tat ist. Meine Stellungnahme zu diesem Gesamtkomplex der Ausschaltung des richterlichen Wirkens ist bekannt. Ich werde beantragen, dass im Zusammenhang mit diesem Gesetz auch das Verfahren der sicherheitspolizeilichen Dienststellen ganz allgemein einer gesetzlichen Regelung unterzogen wird.

Der Punkt 19 des Parteiprogramms sieht ein deutsches Gemeinrecht als Ziel unserer Bewegung vor. Zu diesem deutschen Gemeinrecht gehört der ordentliche unabhängige, aus nationalsozialistischer Weltanschauung heraus entscheidende Richter.

H0704 - 0013

Dieser Richter ist kein Hemmnis für irgendein Sicherheitsverfahren im Dienste des Reiches und des Deutschen Volkes, sondern eine seiner wesentlichsten Stützen. Ich glaube, dass die sicherheitspolizeilichen Behörden selber ein grosses Interesse daran haben müssen, dass nicht durch die Ausschaltung des ordentlichen Rechtsweges ihren ei enen geübten Verf hren ein Hinderrnis gegenüber den all einen Justizakten zuerteilt werden kann.

Gegen den Grundgedanken und die Notwendigkeit einer Regelung der Behandlung Gemeinschaftsfremder ist selbstverständlich nicht das geringste einzuwenden. Notwendig ist nur, dass die Form eine der Verwirklichung dieses Gesetzes dem Rechtsempfinden unseres Volkes Rechnung trägt. In seiner jetzigen Fassung widerspricht der Entwurf dem Rechtsempfinden unseres Volkes in Beziehung auf das geplante Verfahren.

Deshalb lege ich gegen diesen Gesetzentwurf in seiner heutigen Form, vor allem im Hinblick auf die Fassung Par. 1 des Entwurfs der Durchführungsverordnung, Widerspruch ein.

Ich bitte Sie, dafür zu sorgen, dass diese Angelegenheit termingerecht erledigt wird.

H0704-0014

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942, Band II Eintragung vom 7.6.1942

Seite 487

M o r g e n f e i e r der Hitlerjugend im Staatskasino aus Anlass des Besuches des Reichsjugendfuehrers Arthur Axmann in Krakau.

Nach einleitenden Worten des Hauptbannfuehrers Foerschle an die Kundgebungsteilnehmer, unter denen sich als Ehrengast General Catkis befubdetm ergreuft der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Seite 489 - 49o

Wir kommen und gehen in dieses Land nicht als Gewaltherrscher. Unsere Absichten sind nicht terroristischer oder unterdrueckerischer Art. Wir behueten wohlgefuegt in die Interessen des grossdeutschen Raumes die Lebensrechte auch der Polen oder Ukrainer in diesem Raum. Wir haben den Polen und Ukrainern weder ihre Kirchen noch ihre Schulen und ihre Erziehung genommen. Der Deutsche will nicht gewalttaetig entnationalisieren; wir sind uns selbst genug, und wir wissen, dass man in unsere Gemeinschaft hineingeboren werden muss und dass es eine Auszeichnung ist, ihr anzugehoeren. Daher koennen wir auch mit diesem Werk vor der Welt bestehen.

H0704 - 0015

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942, Band II, S. 526-529, Eintragung v.19.6.42

Im Koenigssaal der Burg zu Krakau empfaengt der Herr Generalgouverneur den Praesidenten des Polnischen Hauptausschusses Grafen Adam Ronikier, die Beiraete Stanislaus Wachowiak, Janusch Machnicki, Dr. Heinrich Wolter, Waclaw Krycz anowski und Ludwig Piotrowicz. Anwesend sind unter anderem die Staatssekretaere Dr. Buehler, Dr. Boepple, SS-Oberfuehrer Dr. Schoengarth, Pressechef Dr. Gassner, Leiter der Abteilung Bevoelkerungswesen und Fuersorge Dr. Foehl.

Der Herr Generalgouverneuer richtet an die Mitglieder des Polnischen Hauptausschusses folgende Ansprache:

Ich wollte einen ganz konkreten Anlass benutzen, um an die Herren des Polnischen Hauptausschusses einige Worte zu richten. Mir wurde vor einigen Tagen gemeldet, dass sich 75o ooo Arbeiter aus dem Generalgouvernement fuer die Arbeit im Deutschen Reich zur Verfuegung gestellt haben. Ich erblicke darin eine schoene loyale Haltung der Bevoelkerung. Angesichts der Bedeutung, die heute die Arbeit fuer das Reich, fuer die ganze Wirtschaft und fuer den Sieg hat, liegt darin auch eine solche Unterstuetzung der europaeischen Gemeinschaftsinteressen, dass ich mich veranlasst sehe, auch Ihnen, Meine Herren, zu danken. Im Hinblick auf die grosse Unterstuetzung, die Sie diesem grossen Werk der Arbeiterverschickung ins Reich haben zuteil werden lassen, werden Sie es wohl verstehen, wenn ich sofort wieder mit der Bitte komme, mir zu helfen, dass mindestens noch weiter 15o ooo Arbeiter ins Reich gehen.

Wir koennen uns bei dieser Gelegenheit auch einmal ueber Ihre Wuensche und ueber das unterhalten, was Sie in Ihren Herzen bewegt. Das Schicksal derer, die Ihnen anvertraut sind, ist oft sehr hart und beklagenswer; aber das

H0704 -0016

Schicksal aller Voelker ist beklagenswer. Ich darf Sie daran erinnern, dass es nur dank der Tapferkeit und dem heldischen Mut unserer deutschen Truppen gelueckt ist, auch dieses Land vor den bolschewistischen Horden zu bewahren. Aber ich moechte Ihnen, meine Herren, die Versicherung abgeben, dass wir, nachdem Sie einen so schoenen loyalen Willen gezeigt haben, Ihnen im Rahmen des Moeglichen helfen wollen.

Ich wollte Ihnen das auch im Namen prominenter Mitglieder der Regierung sagen, und erwarte von Ihnen, dass Sie mir Ihre Wuensche unterbreiten.

H0704 – 0017

223 - PS

Franks Tagebuch 1942, Band II, Seite 6o9, 61o, 611
Eintragung vom 15.7.1942

Seite 6o9

Besprechung mit Generalleutnant Schindler.

Seite 61o - 611

Generalleutnant Schindler spricht sich dann dagegen aus, Arbeitskraefte zu verhaften und ins Reich zu transportierren. Durch ein solches Vorgehen werde das Vertrauen der Arbeiterschaft gestoert und die hiesige Ruestungsindustrie schwer geschaedigt. Im Gegensatz zu den wirklichen Verhaeltnissen glaube man in Berlin immer noch, dass im Generalgouvernement noch ueberschuessige Facharbeiter vorhanden seien. Dies treffe zwar insofern zu, als ein grosser Teil (vielleicht 5o%) der Facharbeiter nicht erfasst werden koenne. Diese Arbeiter betaetigen sich lieber im Schleichhandel. Wenn es gelaenge, durch eine restlose Ernteerfassung den Schleichhandel ziemlich unmoeglich zu machen, koenne man vielleicht mit einer Erfassung dieser Facharbeiter rechnen. Im Reich fehlten etwa 8oo ooo Arbeiter.
Der Herr Generalgouverneur erwidert darauf, dass von der Regierung des Generalgouvernements am 1. August ein Ernte-Ausnahmezustand verhaengt werde, der die restlose Erfassung aller Lebensmittel durch die deutsche Verwaltung zum Ziele habe. Ein starkes Eindaemmen des Schleichhandels werde die Folge sein.

H0704 - 0018

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942, Band II, Eintragungen von 15.7.1942

Seite 612, 613 614, 616

Seite 612

Der Herr Generalgouverneur empfaengt im Koenigssaal in Anwesenheit von Staatssekretaer Dr. Boepple und Ministerialdirigent Dr. Emmerich, Generaldirektor Dipl.-Ing. Kuchinka (Witkowitz), Generaldirektor Hemmelberger (Poldi-Huette), Generaldirektor Dr. Frhr. von Rinshoffer (Tatra), Direktor Hofmann (Stara chowice und Ostrowiec), Direktor Dr. Richter (Stalowa-Wola), Dr. Zimmermann und Diplomkaufmann Fischer.

H0704 – 0019

Der Herr Generalgouverneur aeussert staerkstes Interesse an der Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen im Generalgouvernement.

Das wichtigste Problem liege darin, das Verkehrsnetz so auszubauen, dass ein Transport der Rohstoffe ins Generalgouvernement leicht moeglich sei. Die Erze in der Lysa-Gora seien fuer einen Abbau nicht geeignet. Der wesentliche Pluspunkt des Generalgouvernements sei seine guenstige Lage. Der Fuehrer denke sich das Generalgouvernement vorerst als Dauereinrichtung und notwendiges Zwischenglied zwischen der Wirtschaftsstruktur des Grossdeutschen Reichs und des gewaltigen Ostraumes. Bei ihm, dem Generalgouverneur, und bei allen Regierungsstellen des Generalgouvernements wuerden alle Industrialisierungsplaene die waermste Unterstuetzung finden. Nach dem Kriege muesse das Generalgouvernement zu einer eigengesetzlichen Wirtschaftsform kommen, es koenne nicht immer Anhaengsel bleiben. Eigene Preise, die aus vielerlei Gruenden ueber denen des Reiches laegen, koennten innerhalb grosser Konzerne ausbalanciert werden. Man koenne nicht mit Rohstoffquellen rechnen, aber ungeheure Moeglichkeiten boeten die Lage des Generalgouvernements und seine Arbeitskraefte.

H0704-0020

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942, Band II, Seite 6o2, Eintragung v.17.7.42

Besprechung mit Praesident Dr. Watzke.

Praesident Dr. Watzke uebergibt dem Herrn Generalgouverneur das Manuskript der Landeskunde des Generalgouvernements zur Durchsicht,. Der Herr Generalgouverneur erklaer sich bereit, fuer das Werk ein Vorwort zur Verfuegung zu stellen.

Praesident Dr. Watzke macht davon Mitteilung, dass die Moeglichkeit bestehe, in Paris den groessten Teil des Chopin-Nachlasses fuer die Staatsbibliothek Krakau zu erwerben. Der Herr Generalgouverneur ist mit dem Erwerb des Nachlasses durch die Regierung des Generalgouvernements einverstanden.

Praesident Dr. Watzke ueberreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Sammelband ueber die Neuerwerbungen der Staatsbibliothek Krakau und die neuesten Nummern verschiedener polnischer Zeitschriften.

H0704 – 0021

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942, Band III, Eintragungen vom 1.8.1942
Seite 761, 764, 765,766, 767, 769

Seite 761

S t a a t s a k t im ehemaligen Landtagsgebaeude Lemberg.

Der Staatsakt wird eingeleitet durch die Rienzi-Ouvertuere von Richard Wagner, gespielt vom Standortmusikkorps Krakau unter Leitung des Stabsmusikmeister Gerlach.
Nach Begruessungsworten des Gouverneurs Dr. Waechter ergreift der Herr Generlagouverneur das Wort zu folgender Ansprache: . . .

Seite 764

Die Bevoelkerung dieses Raumes hat sich loyal benommen. Vor allem habe ich eine Feststellung durchaus anerkennend zu treffen, dass naemlich der erste Aufruf zur Meldung fuer Arbeitskraeften fuer das Reich im Distrikt Galizien von der Bevoelkerung geradezu hervorragend befolgt wurde. Es ist gegluekkt, in diesem Distrikt allein fast 2ooooo Arbeitskraefte fuer das Deutsche Reich freizumachen, die nunmehr an wichtigsten Produktionsstaetten des Reiches eingesetzt sind. . .

H0704 – 0022

Ich habe damit die Versprechungen eingeloest, die ich in meiner Proklamation der Bevoelkerung dieses Gebietes vor einem Jahr gemacht habe. Weitere Entwicklungen segensreicher Art koennen daher aus der loyalen Zusammenarbeit der Bevoelkerung mit den deutschen Behoerden erstehen. Die deutsche Verwaltung in diesem Raume ist gewillt und auch beauftragt, die Bevoelkerung foerderlich zu behandeln. Sie wird mit der gleichen entschiedenen und grund-

H0704 – 0023

saetzlichen Festigkeit, mit der sie jeden Versuch der Widersetzlichkeit gegen die vom Grossdeutschen Reich eingefuehrte Ordnung niederschlagen wird, die loyale Bevoelkerung dieses Raumes schuetzen. Zu diesem Zweck habe ich einen weiteren Erlass betreffend Aufgaben der deutschen Verwaltung in Galizien zum Schutze des Einzelbauern auf dem Gebiete der Ernaehrung und Landwirtschaft herausgegeben. Dieser Erlass zeigt den guten Willen auch der deutschen Verwaltung, mit der Pflicht zur restlosen Erfassung der Ernte in diesem Jahre die Sicherung der baeuerlichen Produktionsstaette vor allem hier im Distrikt Galizien zu verbinden.

H0704 – 0024

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942, Band III, Eintragungen v. 1.8.1942
Seite 773, 775, 776, 777

Seite 773

Der Herr Generalgouverneur empfaengt in den Repraesentationsraeumen des ehemaligen Landtagsgebaeudes eine Ukrainische Delegation.

Seite 775

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

H0704 – 0025

Ihre Kulturellen Einrichtungen haben wir, soweit es der Krieg erlaubt, wieder hergestellt. Ihren kirchlichen Beduerfnissen, Ihren Beduerfnissen auf dem Gebiet der Schule und Erziehung haben wir Rechnung getragen. Wir haben sogar schon begonnen, die wissenschaftlichen Institute wieder instandzusetzen, sodass alle Moeglichkeiten gegeben sind, damit allmaehlich und systematisch eine Entwicklung Ihres Eigenlebens unter deutscher Fuehrung sichergestellt wird. Was an mir liegt, soll geschehen, damit dieses Ziel erreicht werden kann.

H0704 – 0026

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942, Band III, Eintragungen vom 1.8.1942
Seite 778, 779, 78o

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

H0704 – 0027

Ich hoffe, dass wir mit der neuen Ernte instandgesetzt werden, auch den polnischen Hilfskomitees zu helfen. Was von uns aus geschehen kann, wird jedenfalls geschehen, um der Not zu steuern. Es liegt auch in unserem Interesse, dass die polnische Bevoelkerung an der Arbeit Freude hat und mittaetig ist. Wir wollen niemanden ausrotten oder vernichten. . .

H0704 – 0028

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942 Band III, Eintragungen vom 18.8.1942
Seite 918, 919, 92o, 924, 925, 926

Seite 918

Der Herr Generalgouverneur faehrt mit Gauleiter Sauckel zu einer Besprechung in das Gebaeude der Hauptabteilung Arbeit, Zipsergasse 2.
Zu Beginn der Sitzung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:
Lieber Parteigenosse Sauckel! Meine Herren!

.....

Seite 919

Ich moechte den Anlass auch benutzen, Ihnen, Parteigenosse Sauckel, unsere Bereitwilligkeit zu erklaeren, dass wir das Menschenmoegliche tun werden. Ich moechte aber eine Bitte anfuegen: Die Behandlung der polnischen Arbeitskraefte im Reich steht leider noch unter gewissen diffamierenden Einschraenkungen.

H0704-0029

Ich kann Ihnen, Parteigenosse Sauckel, die Versicherung geben, dass es fuer uns eine ungeheure Erleichterung der Vermittlung von Arbeitskraeften bedeuten wuerde, wenn wenigstens ein Teil dieser diffamierenden Ausnahmebestimmungen gegenueber den Polen im Reich beseitigt werden koennte. Ich glaube, dass dazu schon Moeglichkeiten vorhanden waeren.

H0704 – 0030

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942, Band III, Eintragung vom 18.8.1942
Seite 927 und 928

Besprechung mit Hauptabteilungsleiter Naumann in Anwesenheit Von Staatssekretaer Dr. Boepple.

Hauptabteilungsleiter Naumann legt dem Herrn Generalgouverneur ein Antwortschreiben der Hauptabteilung Ernaehrung und Landwirtschaft auf einen Brief von Staatssekretaer Backe vor, in dem von diesem die Ablieferung von 5oo ooo Tonnen Getreide fuer das Reich gefordert wird. Fuer das Generalgouvernement sei die Ablieferung eines solchen Kontingents, das die Hoehe der im Jahre 1941 erfassten Gesamtmenge erreiche, unmoeglich. Er habe am naechsten Tage mit Staatssekretaer Backe in Berlin eine Besprechung, in der er wie am 26.6.42 abgemacht - die Lieferung von 1o5 ooo Tonnen, das zu als Idealablieferung weiter 5o ooo und der Menge vorschlagen wolle, die das Generalgouvernement ueber die veranschlagten 85o ooo Tonnen erfassen koenne.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden. . .

Er weist Hauptabteilungsleiter Naumann an, auf die schwierige Situation des Generalgouvernements hinzuweisen: dauernder Abzug von Arbeitskraeften, Errichtung neuer Industriestaette, Stationieren neuer Truppenteile und Ausbau der Lazarette. Fuer alle diese Menschen muesse das Generalgouvernement sorgen. Eine groessere Ablieferung koenne mit dem besten Willen nicht verantwortet werden.

H0704 – 0031

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942, Band III, Eintragungen vom 27.8.1942
Seite 960, 961, 962

Besprechun mit Staatssekretaer Dr. Buehler.

Der Herr Generalgouverneur empfaengt seinen Stellvertreter, den Staatssekretaer Dr. Buehler, und bespricht mit ihm die in der Abwesenheit des Staatssekretaers vorgefallenen allgemeinen und speziellen Regierungsgeschaefte.

Zusammenfassend stellt der Herr Generalgouverneur fest, dass der Zeitpunkt wohl naeher rueckt, in dem ernstlich die Frage des Verhaeltnisses Reich - Generalgouvernement im staatskonstruktiven Sinne einer Loesung zuzufuehren ist. Insbesondere die Antraege, die Eisenbahn, die Post und das Bauwesen unter Herausnahme aus der Zustaendigkeit der Regierung des Generalgouvernements auf die Reichsinstanzen ueberzufuehren, deuten im Zusammenhang mit vielen anderen Massnahmen darauf hin, dass das Reich immer mehr in die Notwenigkeit versetzt wird, in diesem Lande unmittelbar Regierungsfunktionen auszuueben.

H0704 - 0032

Der Herr Genralgouverneur teilt dann mit, dass er angesichts der seinepersoenliche Stellung im Reich voellig umwaelzenden Ereignisse der letzten Wochen dem Reichsminister Dr. Lammers in einem Schreiben dargelegt habe, dass er seine Stellung auch als Generalgouverneur niederlege, wenn ihm nicht das ausdrueckliche Vertrauen des Fuehrers besonders bestaetigt werde. Jedenfalls sei es notwendig, dass eine Gesamtbesprechung dieser Fragen zwischen dem Fuehrer und dem Generalgouverneur stattfaende. Sonst sei ein Weiterarbeiten unter diesen Umstaenden schon um des willen nicht moeglich, weil eine Fortsetzung der persoenlichen Kampagne gegen den Generalgouverneur zu einer schweren Erschuetterung der Autoritaet der Regierung des Generalgouvernements fuehren wuerde, ganz abgesehen davon, dass viele unschuldige Beamte und Angestellte des Generalgouvernements unter diesen Spannungen auch in ihrem dienstlichen Fortkommen leiden koennten. Selbst auf das Gesamtverhaeltnis Reich - Generalgouvernement wuerde sich in zunehmendem Masse eine solche Spannung auswirken, die deshalb, wuerde sie nicht in guetigem Uebereinkommen geloest werden koennen, am besten durch den Ruecktritt des Generalgouverneurs geloest werden wuerde. - Die Antwort des Reichsministers Dr. Lammers bezw. des Fuehrers stehe noch aus.

H0704 – 0033

986

Die Entwicklung seit 1.Sept. 1942.

Wie ich in den abschliessenden Betrachtungen zur Entwicklung des letzten Vierteljahres feststellte, hatte ich den Führer am 24.8.1942 meinen Rücktritt als Generalgouverneur angeboten. Am 31.8.1942 liess mir der Führer durch Reichsminister Lammers mitteilen, dass er meinen Rücktritt als Generalgouverneur nicht annehme; die Gründe sollten mir bei einer Besprechung mit Reichsminister Lammers im einzelnen noch mitgeteilt werden. Wie ich mittlerweile aus verschiedensten Quellen erfahren habe, bringt man diese Gründe allgemein auf die Formel: "Aussenpolitische Rücksichten". Ich betrachte die Nichtannahme meines Rücktrittes als Generalgouverneur nicht als Auszeichnung und auch nicht etwa als Symptom für eine andersartige Einstellung des Führers zu mir, sondern vielmehr als eine durchrein politische Zweckmässigkeitserwägungen diktierte Spezialaufnahme, die mich auf einem von allen Gewalten umtobten Platz gewaltsam festhält, vielleicht auch, um so nach aussen hin die ernste Spannung zu verdecken, die durch die letzten Ereignisse eingetreten ist.
Als ich von München zurückkehrte, übernahm ich am 16.September wieder die unmittelbare Führung der Geschäfte des Generalgouverneurs, wobei ich schon aus den mir vorgelegten, in meiner Abwesenheit eingegangenen Schriftstücken erkennen, wie aber auch seit Wiederaufnahme meiner Tätigkeit selbst erleben konnte, dass der konzentrische Angriff gegen mein persönliches Wirken im Dritten Reich mit aller Macht und allen Mitteln weiter fortgesetzt wird. Nicht nur dass die Überleitung der Funktionen meiner Stellvertreter im Reichsrechtsamt, im NSRB und in der Akademie für Deutsches Recht unter für die davon Betroffenen gehässigsten Bedingungen und entehrendsten Umständen erfolgte, wurde darüber hinaus auch durch eine systematisch geschürte Greuel- und Hetzpropaganda gegen meine Person und meine Arbeit die Stimmung sturmartig überladen gehalten in der deutlichen Absicht, durch stete Aufrechterhaltung einer sich in jedem Augenblick aktuell entwickeln könnenden Positionsänderung auf dem Posten des Generalgouverneurs mein Wirken

H0704 – 0034

in dieser Eigenschaft vor den Amtsträgern des Generalgouvernements, vor der Bevölkerung des Generalgouvernements wie aber auch in der Heimat so gefährdet wie nur möglich hinzustellen. Dazu kommt eine Fülle von unausgesetzten sich zeigenden Nadelstichen, die in die kleinsten Belange kritisch eindringend sich meist in der Form von Fernschreiben oder Briefen des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei offenbaren und die so dauernd versuchen, die Zuständigkeiten des Generalgouverneur zu beschneiden und ganze Verwaltungszweige aus der Regierung des Generalgouvernements herauszuschneiden. Die Absicht, die Befehlsbefugnisse des Generalgouverneurs durch solche Massnahmen - die sich auf das gesamte Gebiet der Veranstaltung von Feiern, der Festsetzung neuer, niedriger Gehaltssätze für die Beamten und Angestellten im Generalgouvernement usw. erstrecken - immer mehr einzuschränken zeigt sich überdeutlich.

Lediglich der Umstand, dass sich die Kriegslage ungeheuerlich verschlechtert hat und die Position der deutschen Truppen insbesondere an der Ostfront wieder eine ausserordentlich schwierige geworden ist, veranlasst mich zu all dem kühl zu schweigen und meine Pflicht, soweit es die Entwicklung dieser Umstände überhaupt zulässt, weiter zu erfüllen. Ich werde dafür zwar erneut bekämpft, aber dies wird mich völlig ruhig lassen vor der Gewalt meines Gewissens, das mir die feierliche Lehre eingibt, hier auf den Barrikaden eines eigenartigen persönliche Einsatzes im Dienste des Reiches und unseres Volkes lieber auszuharren als gerade in diesem tragischen Augenblick durch meinen stur weiter verfolgten Plan der Aufgabe der letzten Position in diesem Reich Adolf Hitlers allenfalls der kämpfenden Truppe durch eine aussenpolitisch zu weit reichende Wirkung eines solchen Rücktrittes in diesem Augenblick Schwierigkeiten zu bereiten. Ich möchte dies ausdrücklich hiermit feststellen, dass kein anderer Gesichtspunkt mich veranlassen könnte, hier noch weiter zu verweilen, denn das Zusammenspiel meiner politischen Erwägungen einer aussenpolitisch vorsichtigen Haltung vor den äussersten Schritten zurückgeschreckt. Damit sind aber diese

H0704 - 0035

Schritte nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Dass ich bei der nächsten Gelegenheit, die sich dieser Kamarilla bietet, gestürzt und auch beseitigt werden soll, ist sicher. Weder ich nochirgend ein anderer um diese Zusammenhänge Wissender zweifelt daran. Denn es ist klar: ich gebe ihnen nichts in meiner Meinung nach, dass der jetzt vom Führer eingeschlagene Kurs der Gewalt, der völligen Vernichtung der Rechtsicherheit und des Regimes mit Hilfe von Konzentrationslagern und Polizeiwillkür für den Führer wie für sein Reich eine der schwersten Gefahren darstellt, die überhaupt erstehen konnten. Es ist wieder dasselbe Bild, nur mit anderen Vorzeichen, wie wir es 1914 bis 1918 erlebt haben: Während die Front auf das Heroischte kämpft, wir din der Heimat die innenpolitische Situation in einer das Kriegsschicksal vielleicht entscheidend beeinflussenden Weise in eine Entwicklung getrieben, die Volk und Regierung auseinanderbringt. Da ich aber mit dieser Meinung innerhalb des Führerkorps dieses jetzigen Reiches michdem Führer gegenüber nicht durchsetzen kann, bleibt zunächst bei dem Schicksal des Sehers, der Düsteres hereinbrechen sieht, ohne es im Augenblick ändern zu können. Höher aber als alles Sehertum steht die Pflicht, an einer Stelle auf die einen nun einmal in ernster Zeit das Schicksal gestellt hat, selbst unter den furchtbarsten Umständen Dienst zu tun. Nicht irgendwelche persönlichen Gründe, nicht Ehrsucht, Titelsucht oder Pfründenkleberei sind es daher, die mich auf diesem Platz festhalten, sondern das Gefühl des Kapitäns, der ein Schiff auch unter den schwierigsten Umständen ans andere Ufer zu bringen hat.

Im einzelnen entwickelt sich das Verhältnis zwischen dem Generalgouverneur und den im Lande befindlichen, völlig im Einklang mit der Reichsführung SS stehenden Persönlichkeiten verhängnisvoll. Nach aussen hin ist dieser Zwiespalt völlig offenkundig und bedeutet vor allem gegenüber dem fremdvölkischen Element in diesem Land eine gefährliche Schwächung der deutschen Einheitsposition. Da aber der Kampf gegen mich persönlich

H0704 – 0036

in jeder Form ohne Rücksicht darauf geführt wird, ob darunter das mir unterstellte Gebiet des Grossdeutschen Reiches sachlich, wirtschaftlich, politisch, sozial oder auch sicherheitsmässig leidet, werden meine Gegner unbelehrbar bleiben. Sie sehen in ihrem blinden Hass und in ihrer Absicht, mich unter allen Umständen zu beseitigen, nur ihre persönlichen Cliquen-Interessen. Freilich zeigen sich in diesem Machtblock meiner Gegner schon deutlich Risse und es wird einmal die Zeit kommen, in der ich werde feststelle n können, dass selbst unter diesen furchtbaren Umständen meines innenpolitischen Kampfes sich von der Gegenseite selbst hier im Lande mächtige Persönlichkeiten zu mir bekannten. Allein schon dieser innere Zwiespalt in den Reihen meiner hiesigen territorialen Gegner ist ein Trost und zeigt vielleicht die Linie an, in der einmal dem deutschen Volk eine Erlösung von dieser Fehlentwicklung des Nationalsozialismus werden wird, der in seiner ursprünglichen Reinheit vom Führer als das grösste Glück unseres Volkes gedacht war und der in dieser Reinheit wieder herzustellen ist.

Die Ernte in diesen Land hat sich überraschend gut gezeigt, sodass wohl die Möglichkeit besteht, dass auch das aus Hass gegen mich persönlich dem Land so überhoch auferlegte Kontigent von über 500 000 to Brotgetreide an das Reich abgeliefert werden kann. Wenn es gelingt, dieses Kontigent zu erfüllen, dann ist das einer der grössten Triumphe meiner Aufbauarbeit in diesem Raum. Aber alle diese Forderungen werden ja nur gestellt, um bei ihrer Nichterfüllung ein weiteres Argument gegen mich zu haben.

Die Wirtschaftslage im allgemeinen entspricht der generellen Situation Europas. Die Bevölkerung ist vorerst noch ruhig und verhält sich im allgemeinen loyal, wobei ich feststellen kann, dass daran hauptsächlich der Umstand schuld trägt, dass ich vorerst hier noch als Generalgouverneur verbleibe. Für die fremdvölkische Bevölkerung bin ich immerhin noch der Repräsentant eines Deutschlands, das in einer friedlichen, kulturellen und fürsorglichen Betreuung der seiner Regierung anvertrauten Bevölkerung eine höhere Gewähr für den Nutzen des Heimatreiches

H0704 – 0037

sieht als in der unausgesetzten Anwendung harter und brutaler Gewalt.

H0704 – 0038

991

Was die Zeiten bringen werden, ist undurchsichtig, was sie gebracht haben, ist klar, das Deutschland Adolf Hitlers ist in den schwersten Abschnitt seines Existenzproblems eingetreten. Es gilt, dasswir hier Wache halten für uns und für das Reich. In dieser Weitsicht will ich daher die Arbeit fortsetzen.

Ich habe angeordnet, dieses heutige Memorandum mit den früheren zusammen in einen Sonderakt zwischen die Tagebuchreihen einzulegen und mit dem 1.September 1942 eine neue Tagebuchreihe zu beginnen, da ich diesen neuen Abschnitt des Generalgouvernements begreiflicherweise seinem Inhalt , seiner Erscheinungsform und seiner Zidrichtung nachvöllig zu trennen habe von dem ersten Teil meines Wirkens in diesen Land.

gez. Dr.Frank.

H0704 – 0039

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942, Band IV, Eintragung vom 26.1o.1942

Seite 1128

S t a a t s a k t im Königsaal der Burg zu Krakau.

Der Staatsakt, der in die Form einer Regierungssitzung gekleidet ist und an dem die Staatssekretäre Dr.Bühler und Dr.Böpple, die Mitglieder der Regierung und Abteilungspräsidenten, Gouverneur Dr.Wächter, Gouverneur Dr.Kundt, die drei Verbindungsoffiziere, Hauptabschnittsleiter Stahl sowie weitere geladene Gäste teilnehmen, wird durch die Ouvertüre zur Oper "Agrippina" eingeleitet, die ein Kammerorchester des Staatstheaterorchesters unter Leitung des Kapellmeisters Antolitsch zu Gehör bringt.

Der Herr Generalgouverneur ergreift das Wort zu folgender Rede:

Der Sonderbeauftragte für die Sicherung der Kunstschätze hat seit dem Jahre 1939 zahlreiche Kunstwerke aufgefunden und sichergestellt. Sie waren von den Polen an Orten versteckt gehalten worden, die für die Lagerung so empfindlicher Arbeiten ungeeignet waren. Durch sein Eingreifen wurden sie vor der sicheren Vernichtung bewahrt. Darunter befanden sich Arbeiten die zu den bedeutendsten Leistungen deutscher Kunst im Osten gehören, wie etwa Werke von Veit Stoss, Hans von Kulmbach und anderen Meistern. Die Kunstwerke wurden sorgfältig restauriert und gereinigt, und so konnten rund 90 % des gesamten Kunstbestandes des ehemaligen Polen im Gebiet des Generalgouvernements sichergestellt werden. Diese Kunstschätze sind restlos Eigentum des Generalgouvernements.

H0704 - 0040

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942, Band IV, Eintragungen vom 21.11.1942

Seite 1221 - 1232

Besprechung polizeilicher Angelegenheiten.

An dieser Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr.Bühler u.a.

Der Herr Generalgouverneur ersucht SS-Oberführer Dr. Schöngarth, die Zahl der inhaftierten Polen und die Gründe ihrer Verhaftung bekannt zugeben.

. . . Der Hinweis des Staatssekretärs Dr.Bühler darauf, dass allgemein über die Vornahme von Geiselerschiessungen geklagt wurde, gibt SS-Oberführer Dr.Schöngarth Gelegenheit, allgemein zu der Frage der Bekämpfung der Widerstands-bewegung Stellung zu nehmen. Die Sicherheitspolizei habe sich veranlasst gesehen, in verschiedenen Fällen Sühnemass-nahmen zu ergreifen. Diese scharfen Massnahmen hätten doch ihre Wirkung gehabt, was auch stimmungsmässig festzustellen sei. Man könne Sabotageakten, wie sie in letzter Zeit,

HO704-0041

vor allem bei Warschau, auf den Eisenbahnzufahrtsstrecken vorgekommen seien, nur durch scharfes Zugreifen entgegentreten und dürfe unter keinen Umständen die Zügel locker lassen.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich nicht gegen Massnahmen, die im Interesse der Staatssicherheit notwendig sind, will aber absolut sinnlose Brutalitätsmassnahmen vermieden sehen. Es sei durchaus verständlich, dass die Sicherheitspolizei den Polen grundsätzlich misstrauen müsse, aber andererseits dürfe doch bei allen diesen Massnahmen nicht vergessen werden, dass zahlreiche Polen- wie z.B. die 120 000 polnischen Eisenbahner - im deutschen Interesse tätig seien.

Staatssekretär Krüger nimmt an der weiteren Besprechung nicht teil.

H0704 - 0042

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942, Band IV, Eintragungen vom 24.11.1942

Seite 1245 - 1246

Besprechung mit den Staatssekretären Dr.Bühler und Dr.Böpple.

Staatssekretär Dr.Bühler berichtet dem Herrn Generalgouverneur von der gänzlich unzureichenden Kohlenversorgung des Stickstoffwerkes Woscice. Das Werk sei infolge dieses Kohlenmangels zu einem Drittel st illgelegt worden,was sich selbstverständlich bei der dadurch eintretenden Verminderung der Düngerherstellung für die Landwirtschaft und damit für die Ernährungslage sehr ungünstig auswirken werde.

Der Herr Generalgouverneur nimmt diesen Fall zum Anlass, um den beiden Staatssekretären folgende Eröffnung zu machen: Ich habe angesichts der Entwicklung der Situation in den letzten Wochen dem Führer erneut meinen Rücktritt angeboten. Heute ist nun ein Fernschreiben eingegangen,in welchem Reichsminister Dr.Lammers mir mitteilt, dass er dem Führer am 22.November über mein Rücktrittsgesuch Vortrag gehalten und der Führer diesen Gesuch nicht entsprochen habe. Ich sehe in der wiederholten Ablehnung meines Rücktrittgesuches einen erneuten Vertrauensbeweis und bin nunmehr fest entschlossen, die Autorität des Generalgouverneurs unter allen Umständen aufrecht zu erhalten und von dem mir seinerzeit gegebenen Vollmachten rücksichtslos Gebrauch zu machen. Ich werde z.B. mit aller Energie für die Bereinigung des Falles Szepessy sorgen und habe auch Staatssekretär Kräger eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen.

H0704 – 0043

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942, Band IV, Eintragungen vom 14.12.1942

Seite 1303, 1337 , 1338, 1339

Seite 1303

Arbeitstagung der Politischen Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP.

Nach Eröffnung der Tagung durch den Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouverneur Reichsleiter Dr.Frank erstattet Hauptabschnittsleiter Stahl einen Bericht über die Tätigkeit der Politischen Leiter des Arbeitsbereichs im Jahre 1942.

Darauf ergreift Generalgouverneur Reichsleiter Dr.Frank das Wort. Er führt aus : . . .

Seite 1337

Auch das Generalgouvernement steht nunmehr in seinen vierten Jahr. Ich selber habe im vergangenen Jahre eine schwere Entscheidung getroffen. Ich habe nämlich mein Bekenntnis zu den Dingen des Rechts in einer grossen apotheotischen Form zum Ausdruck gebracht. Sie wären nicht meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und Kameraden, wenn ich nicht zu Ihnen einige Worte darüber sagen wollte.

Ich bin, wie Sie wissen, als Mann des Rechts in die Bewegung gekommen. Meine Anschauungen sind klar. Ich halte und habe es immer für notwendig gehalten, dass das, was man den unabhängigen Richter nennt, nicht beseitigt wird. Niemand soll verurteilt werden, der nicht gehört worden ist; man muss ihm die Möglichkeit geben, sich zu verteidigen. Auch soll überhaupt niemand verhaftet oder irgendwie geschädigt werden, es sei denn im Wege des richterlichen Spruches. Das ist meine Anschauung, und von dieser Anschauung ausgehend haben wir auch den Kampf der Bewegung geführt. Mit diesem Argument habe ich Tausende von Parteigenossen in den Dingen der Bewegung direkt und indirekt

H0704 - 0044

verteidigt. Ich bin durch sämtliche Gerichtssäle der deutschen Republick und in alle grossen Oberlandesgerichtsbezirke als Anwalt gekommen und habe daher eine innere Verpflichtung. Ich habe 1929 nach ernster Prüfung der Lage auch dem Führer in Leipzig die Möglichkeit gegeben den berühmten Legalitätseid zu leisten. Ich habe den Rechtswahrerbund gegründet. Nach alledem ist es klar, dass ich diese meine Anschauung für die richtige halte. Das ist nun einmal meine Meinung, und diese meine Meinung lasse ich mir von niemanden nehmen. Sie geht durch die deutsche Geschichte und gehört zum deutschen Charakter. Es ist meine persönliche Meinung, wenn ich sage: Ich halte es nicht für richtig, dass man von diesen Rechtsgrundsätzen abgeht, - ich halte es nicht für richtig, dass man die Möglichkeit hat, einen Deutschen ohne Richterspruch zu verhaften, ihn in Haft zu behalten usw. Ich habe diese Anschauung zum Ausdruck gebracht, und wusste, dass die Folgen die sein würden, die dann auch eintraten. Ich habe damit eine Schlussfolgerung gezogen, die notwendig war, und sieist ja auch akzeptiert worden. Ich weiss ja nun selbstverständlich, dass diese meine Meinungsäusserung bei andern äusserrsten Widerspruch finden wird, die da sagen, das sei absolut nicht so, sondern die Aufrechterhaltung der Konzentrationslager usw. sei unerlässlich notwendig. Diese letztere Meinung hat gesiegt, und ich als disziplinierter Parteigenosse schweige dazu. Ich habe nur die Hoffnung, dass eines Tages der Führer doch den Punkt 19 unseres Parteiprogramms wieder in allen Ehren aufrichten wird. Mich bewegt nur die ernste Sorge: ich wünsche nicht, dass unsere Bewegung als Gewaltinstrument erscheint. Wir sind eine vom Volkswillen getragene Organisation, und der Volkswille will das Recht, die Gerechtigkeit, er will den Richter.

H0704-0045

2233 - PS

Franks Tagebuch, Regierungs-Hauptabteilungsleiter-Sitzungen 42.

Anwesenheitsliste
7. Hauptabteilungsleitersitzung
am 22. Juni 1942.

Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Krüger
und andere.

Seite 9,1o

Nach Meinung des Präsidenten Dr. Frauendorfer würde eine Umsiedlung der Juden, die ein erhebliches Kontingent der Gesamtbevölkerung ausmachen, auf allen Sektoren des öffentlichen Lebens tiefgreifende Auswirkungen haben. Das Land sei arbeitsmässig erheblich abgeschöpft. Rund 100 000 Facharbeiter stehen in der Rüstungsindustrie, 800 000 Arbeiter befinden sich im Reich, weitere 100 000 Arbeiter beschäftigt der Militärbefehlshaber im Generalgouvernement in seinen Dienststellen. Er, Präsident Dr. Frauendorfer, sei daher zur Zeit auf den jüdischen Arbeitseinsatz absolut angewiesen, eine Auffassung, der sich auch der Rüstungsinspektor im Generalgouvernement, Generalleutnant Schindler, angeschlossen habe. Diese seien mangels polnischer Facharbeiter nicht zu ersetzen. Die Juden sollen den von der SS durchgeführten Aktionen zwar nicht entzogen, aber für die Dauer des Krieges arbeitsmässig erhalten bleiben.

Er habe kein Interesse daran, jüdische Facharbeiter der Wirtschaft oder der Industrie zu entziehen. In den mit Generalleutnant Schindler getroffenen Vereinbarungen bezüglich Hergabe von Juden für die Rüstungsindustrie sei dies sehr eindeutig klargestellt worden, und er könne dessen Wünsche auch vollauf befriedigen. Tausende von jüdischen Arbeitern und Arbeiterinnen, die in der Nähe der Rüstungsbetriebe errichteten Lagern untergebracht werden,

H0704 - 0046

würden für diesen Zweck zur Ve fügung gestellt, von der SS betreut, verpflegt und, wenn notwendig, eingekleidet. Der Reichsführer SS sowie Reichsminister Speer und der Beauftragte für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, legten sogar gesteigerten Wert auf den Einsatz der arbeitsfähigen Juden.

H0704 -0047

2233 - PS

Franks Tagebuch, Regierungs-Hauptabteilungsleiter-Sitzungen 42

Hauptabteilungsleitersitzung
im Bankettsaal der Burg am
8.Dezember 1942.

Seite 7

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, die Lieferungen an das Reich so lange zurückzustellen, bis man einen grundsätzlichen Einblick in die Gesamtlage habe. Er trage die Gesamtverantwortung für das Gebiet des Generalgouvernements und sei nicht gewillt, die Situation des Ostens dadurch zu gefährden, dass er einer der realpolitischen Situation zuwiderlaufenden Zwangsaushebung des Getreides für das Reichzustimme. Er halte es für völlig unmöglich, 2 Millionen Polen von der Versorgung auszuschliessen. Er erwarte von Präsident Naumann einen abschliessenden Bericht über das noch ausstehende Ergebnis der Erfassung.

H0704 – 0048

2233 - PS

Franks Tagebuch, Regierungs-Hauptabteilungsleiter-Sitzungen 1942

R e g i e r u n g s s i t z u n g
im Grossen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes am
9.Dezember 1942

Seite 26,27,29

. . . Das Reich war so grosszügig und lässt uns die Unterstützungssätze für die Familienangehörigen dieser Menschen aus unseren Staatsmitteln bezahlen. Die Behandlung der Polen im Reich entspricht in keiner Weise dem, was wir hier im Namen des Reiches den Polen versprochen haben. Ich habe von Pg.Sauckel, der wirklich ein hervorragender und aufgeschlossener Mann auf seinem Gebiet ist, anlässlich seiner letzten Anwesenheit in Krakau die feste Zusage erhalten, dass mit dem Skandal der fortgesetzten Polenmisshandlung im Reich aufgeräumt wird. Es geht nicht an, das man unsere Werbenöglichkeiten, die wir hier im Lande noch besitzen, dauernd dadurch belastet, dass man die Polen mit den Juden auf eine Stufe stellt. Das widerspricht auch unseren rassischen Grundsätzen und ist deshalb auch abzulehnen.

Seite 29

. . . Sie haben bereits in ihren Berichten mitgeteilt, dass die Methoden der Arbeiterbeschaffung teilweise zu verurteilen sind. Es ist unmöglich, mit solchen Methoden befriedigende Ergebnisse zu erzielen. Dass man Kinos umstellen lässt und die Männer in geschlossene Waggons verfrachtet, sind keine Vorgänge, die die Autorität unseres Reiches stärken. Das Geschwätz von dauernden Gewalttätig-Brutalsein hört sich bald auf. Das ist eine zentrale Formulierung, die uns im Reich genannt wird, deren Unmöglichkeit man aber einsieht, wenn man an unsere Kreishauptleute mit vielleicht 30 Gendarmen und 10 Sonderdienstmännern für ein Gebiet von 3 000 qkm denkt.Er muss sich eine vernünftige Basis suchen, damit er mit seiner Bevölkerung zurechtkommt .

H0704 - 0049

2233 - PS

Franks Tagebuch, Regierungs- Hauptabteilungsleiter-
Sitzungen 1942

R e g i e r u n g s s i t z u n g
im Grossen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes am 9.Dezember42
Seite 3 - 18

Generalgouverneur Reichsminister Dr.Frank:

. . . Die Geschichte des Generalgouvernements erkennen Sie am besten in einen dreifachen Entwicklungsprozess. Ich möchte Ihnen heute in dieser Beziehung einige grundsätzliche gedankliche Einstellungen einprägen. Der erste Punkt der Entwicklung lag darin, dass nach Abschluss der kriegerischen Ereignisse im ehemaligen Polen von Führer der Oberverwaltungschef beim Militärbefehlshaber Ost - es war bekanntlich Generaloberst von Rundstedt, dem ich als Oberverwaltungschef beigegeben war, - das gesamte von deutschen Truppen besetzte polnische Gebiet . . . . Eine irgendwie geartete geneinsame Verwaltungsapparatur bestand nicht, die technischen Voraussetzungen für den Aufbau einer solchen Apparatur waren auch noch gar nicht wieder gegeben. Der Krieg allein mit seinen Folgen für Land und Leute hatte die Transportverbindungen ebenso zerstört wie die postalischen Verbindungen, wie Häuser, Strassen, Brücken und vieles andere. Diese ersten sechs Wochen unserer Arbeit hier waren schlechterdings ein kaum Aufbau zu nennendes Schwimmen inmitten der alltäglichsten Notwendigkeiten. Es war eine völlige Atomisierung der Arbeit hier gegeben. Oft wusste ein C.d.Z. nichts von anderen; er konnte sich kaum auf irgend jemand berufen. Jede Stadt, jeder Kreis, jeder Bezirk, der kühn und vage irgendwie abgegrenzt war, war auf sich selbst angewiesen. Das war eigentlich die wilde Periode des Ostens, für die nicht ohne weiteres nachgeprüft werdenkann, was da alles hin und her getan und gearbeitet wurde. Sie entsinnen sich alle dieser Zeit noch. Ein ausgeprägtes Kriegsbild zeigte sich den Blicken überall, auf allen Strassen lungerten die Flüchtlinge herum. überall gab es Hungersnot, esdrohten Seuchen und andere Katastrophen.

H0704 - 0050

Diese Periode musste sehr schnell zu Ende gebracht werden, denn sie hätte für Deutschland nichts Positives erbracht; sie wäre für die weitere Kriegsführung nur ein Schaden gewesen. Immerhin ist diese Periode typisch für die erste Entwicklungszone der Verwaltungsübernahme in jedem kriegsmässig unter härtesten Waffenbedingungen und härtesten Schlachtvorgängen übernommenen neuen Gebiet.

Mit der Ernennung des Generalgouverneurs fürdie besetzten polnischen Gebiete am 26.Oktober 1939 begann die zweite Periode der Entwicklung des Generalgouvernements. Damals, also nach Auflösung der eigentlichen Militärverwaltung, wurde - und das ist charakteristisch - zum ersten Mal der zivile Sektor in diesem Raume führend. Das militärische Element zog sich aus der eigentlichen Verwaltungsarbeit völlig zurück. Die Gebiete wurden übergeben. Die einzelnen Funktionen des Verwaltuns, Befehlens, Führens, Ordnens, Organisierens gingen auf mich über . . .

Diese zweite Periode des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete dauerte allerdings auch nur eine gewissen Zeit, nämlich nur bis zum Juli 1940. In ihr wurden für das Gebiet, das später Generalgouvernement wurde, aber schon damals die Grenzen gezogen. Auch Ausscheidung der zum Reichsgau Danzig - Westpreussen, zum Reichsgau Wartheland, zu Ostpreussen und Oberschlesien gekommenen Gebiete wurde damit das Generalgouvernement ein Begriff, den wir aber damals noch nicht anwenden konnten; denn die Landesbezeichnung war die der besetzten polnischen Gebiete. Der Staat firmierte unter der Bezeichnung" Der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete". Das Gebilde wurde vom Amt des Generalgouverneurs geführt.

Allerdings gab es damals schon die Distriktschefs, auch die einzelnen zentralen Ämter, wie damals auch schon die Kreis- und Stadthauptmänner schienen.

H0704-0051

Diese zweite Periode der Grundlegung für das. was nun einigermassen endgültig sein sollte. In diesen Monaten zwischen dem Oktober 1939 - am 7.November 1939 hielt ich meinen Einzug auf die Burg zu Krakau, - bis Juni 1940 wurden alle jene grundlegenden Verordnungen für den Aufbau der Instanzen erlassen . . . .

Seite 8

. . . Dies alles musste von uns überstanden werden. Ich entsinne mich noch meiner furchtbaren schweren Verhandlungen mit dem Führer im Dezember 1939, als ich einfach erklärte, so geht das nicht. Der Führer zeigte damals wie immer als der grösste Mann unserer Zeit sofort vollstes Verständnis. Und dann kam das, was ich den neuen Plan nannte.
Man sah ein, dass man ein solches Gebilde von fast 100 000 qkm Fläche nicht ganz sich selbst überlassen konnte. Damals war offensichtlich noch nicht von der Gefahr der Sowjetunion zu sprechen, und so konnte unsere Ostgrenze als einigermassen gesichert und befriedet angesehen werden. Und so war es möglich, eine Verwaltungs-und Stabilisierungsprogramm auch hinsichtlich der Wirtschaft in die Tat unzusetzen. Ich habe damals beim Führer darauf hingewiesen, dass im Interesse der Kriegsführung und gerade auch wegen des Drängens des Reiches, Arbeitskräfte aus diesem Raum zur Verfügung zu stellen, dass angesichts der Notwendigkeit einigermassen Ordnung in dieses Beschlagnahmewesen, in dieses Wegholen von Betriebseinrichtungen hineinzubringen, eine geordnete Wirtschaft auch im Interesse des Reiches lägen. Es war — man muss sich heute wirklich darüber wundern - ein ungeheuer schweres Problem, wenigwtens nach aussen hin diese Änderung herbeizuführen. Wenn man heute daran denkt, - und ich gehe nun blitzartig auf den jetzigen Verwaltungszustand des Generalgouvernements ein - , so ist das eine Wendung von der absolut verachtesten Beduetungslosigkeit zur Zentralposition der Verbindung zwischen Reich und Osten wie sie in monumentaler Gegensätzlichkeit in einer

H0704-0052

Entwicklung von wenigen Jahren überhaupt nicht gedacht werden kann . . .

. . . Im Juni 1940 habe ich mich dann entschlossen, mit dem Führer in eingehenden Besprechungen in Berlin die endgültige Form des Generalgouvernements zu erörtern. Erst seit Juni 1940 seit nämlich der Führer mir genehmigte, dieses Gebiet nicht mehr als besetztes polnisches Gebiet zu bezeichnen, sondern ihm den eigentlichen Namen des Generalgouvernements zu geben, haben wir staatsrechtlich und begrifflich das Generalgouvernement gebildet. Dieser Begriff schwebte mir als Bezeichnung neutraler Art vor, die keinerlei Rückerinnerung an frühere Zustände in diesem Raum ermöglichte. Wir konnten nunmehr von diesem Lande als vom Genralgouvernement sprechen, ohne Rücksicht darauf, ob hier Polen, Ukrainer, Juden, Russen oder sonstige Menschen lebten. Dieser Begriff war eine sehr gute Vereinfachung für die allgemein staatsrechtliche Diktion. Er trägt auch der charakteristischen Unterscheidbarkeit zu den eingegliederten Ostgebieten, zum Protektorat und zu den echten neuen besetzten Gebieten des Nordens und Westens Rechnung. Mit der Einführung dieses Begriffes "Generalgouvernement" war aber mehr als eine Begriffsfunktion vollzogen; denn nunmehr war dieses Gebilde als völlig eigenartig, als selbstständig und autark in seiner Entwicklung anerkannt. . .

Seite 12

... Das Generalgouvernement, wie es sich bisher und besonders in diesem letzten Jahre bewährt hat, ist ein fester Begriff von hoher Leistungsqualität. Daran vermögen weder Neid noch Missgunst, weder persönlicher noch sachlicher Verfolgungswahn das geringste zu ändern. So, wie die Lage heute ist, ist das Generalgouvernement das festeste Ordnungsblockgebäude im Osten. Zwischen der Front und der Heimat stellt es heute das wichtigste Verbindungsglied dar. Vierfünftel des Gesamtverkehrs zwischen Osten und dem Reich gehen über das Generalgouvernement. Zwischen dem Reich und den Reichskommissariaten des Ostens liegt hier eine durchgeführte Verwaltung, völlig in den Händen der Deutschen.

H0704-0053

Seite 17

..... Gerade für die Regierung des Generalgouvernements besteht daher immer wieder die Notwendigkeit, an jenen Grundsatz ernsthaft zu appelieren, der da lautet: man solldie Kuh, die man melken will, nicht schlachten. Das Reich will aber unter dem Drang und Druck der Verhältnisse die Kuh Generalgouvernement sowohl melken wie schlachten.

Hier liegt nun die schwere Aufgabe, immer wieder das einzig Mögliche zu tun, durch Appell an die Vernunft, durch persönlich Rücksprache, durch Darlegung oder Darstellung der wirklichen Lage die Dinge einigermassen in Ordnung zu halten. Das wäre sehr einfach, wenn die Reichsfunktionen genau so klar gegliedert wären wie die des Generalgouvernements. Aber man verhandelt mit iner Reichsstelle, und am anderen Tage kommt die zweite mit der gleichen Vollmacht. Und nicht nur das; es ist begreiflich, dass wir im vierten Kriegsjahr nichts mehr in allen Bereichen des Staatslebens über jene Zahl von Fachleuten in der Verwaltung verfügen wie zu Beginn des Krieges.

H0704-0054

H0704-0055

2233 - PS

Franks Tagebuch 1942, Arbeitssitzungen, Eintragungen v.18.6.42

Polizeisitzung im Königssaal der Burg zu Krakau am 18. 6. 42

Seite 13 - 14

Oberregierungsrat Engler berichtet sodann über die Forstwirtschaft. Sie funktioniere im allgemeinen im Distrikt Lublin gut, wenn man auch leider immer noch Schwierigkeiten mit der Gespanngestellung habe. - Wenn es auch noch verhältnismässig zahlreiche Pferde im Distrikt gebe, so sei doch im allgemeinen der Gesundheitszustand der Pferde schlecht, da sie vielfach an Unterernährung litten. Für die Pferdezucht beständen im Distrikt zwei Gestüte.

Was die Vermittlung von polnischen Arbeitskräften ins Reich angehe, so finde man jetzt erfreulicherweise keinen Widerstand mehr bei der polnischen Bevölkerung. Vielfach habe sich schon die Einsicht durchgesetzt, dass polnische Arbeiter nicht schlecht führen, wenn sie ins Reich gingen. Allerdings habe man die Beobachtung gemacht, dass die polnischen Arbeiter kein Geld aus dem Reich an ihre Angehörigen schicken könnten und dass dann die Gemeinden mit Unterstützungen zu schnell bei der Hand seien. Diese Frage bedürfe einer Überprüfung, da ein zu starkes Anwachsen der Unterstützungslast der Gemeinden zu befürchten sei.

Seite 20 - 21

Amtchef Losacker spricht sich dann für eine Lockerung der Bestimmungen für den Baumarkt aus und bittet, wenn möglich, angesichts der Dringlichkeit mancher Bauvorhaben von der allgemeinen Bausperre zu gestatten.

Die Verschickung von Arbeitern ins Reich sei auch im Distrikt Lemberg durchaus zufriedenstellend und gehe eigentlich ohne jede Zwangsmassnahme vor sich. Gauleiter Sauckel habe bei einem neulichen Besuch in Lemberg nochmals die Gestellung von 100 000 Arbeitern aus dem Distrikt Galizien für das Reich verlangt, was angesichts der bisher an den Distrikt gestellten Forderungen nur schwer durchführbar sein werde.

H0704-0056

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943 Band I Seite 42 Eintragung vom 20.1.194

Staatssekretär Dr. Boepple legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Schreibens an Reichsmarschall Göring betr. Regelung der Ernteablieferung an das Reich vor. Danach soll eine Aussprache wegen der sehr ernsten und gefahrdrohenden Folgen stattfinden, die mit der völligen Erfüllung des Ablieferungssolls verbunden sein würden. Der Herr Generalgouverneur billigt den Entwurf.

H0704-0057

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band I Seite 96 Eintragung vom 3.2.194

... Der Herr Generalgouverneur zollt in diesem Zusammenhange der Leistung des Stadthauptmanns von Warschau seine besondere Anerkennung. In der Stadtverwaltung von Warschau seien nur wenige Deutsche, dagegen aber 45 000 Polen eingesetzt. ...

H0704-0058

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943 Band I Seite 116, 117, 118 Eintragungen vom 22. 2. 1943.

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet weiter, dass er in der Vormittagssitzung einen allgemeinen Überblick über die gegenwärtige politische Situation im Generalgouvernement gegeben habe. Er habe dabei insbesondere auf die Umsiedlungsaktion im Distrikt Lublin, bzw. im Kreise Zamosc hingewiesen, die offenbar immer noch nicht beendet sei. Diese Aktion habe im gesamten Gebiet zu einer Unruhe geführt, die noch im Wachsen sei. Es zeige sich, dass diese Massnahme grosse wirtschaftliche, vor allem ernährungswirtschaftliche Schäden im Gefolge habe. Abgesehen davon, dass die neuangesiedelten Familien auf den Bezug der Lebensmittelkarten angewiesen seien, würden nun auch Mittel angefordert, damit die Höfe mit Vieh, Geräten usw. versorgt werden könnten. Statt dass aus dem Gebiet etwas herausgeholt werden könne, bedürfe es eines wesentlichen Zuschusses für den Kreis Zamosc.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Amtschef Engler, ihm umgehend einen Bericht über diese Umsiedlungsaktion und ihre wirtschaftlichen Folgen zu erstatten.

Seite 118

... Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, ein Fernschreiben an den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Reichsführer SS Himmler zu entwerfen und ihm unverzüglich vorzulegen. ...

H0704-0059

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943 Band I Seite 122, 123 - 128 Eintragungen vom 22. 2. 1943

Seite 126

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, ihm einen amtlichen Bericht zuzuleiten. Ferner müsse mit Reichsführer SS Himmler

H0704-0060

eingehend über die Dinge gesprochen werden. Sollte sich bei diesen Verhandlungen ein günstiges Ergebnis nicht erzielen lassen, dann müsste er als Generalgouverneur die Verantwortung für das weitere Geschehen ablehnen. Das gelte übrigens auch für andere Massnahmen wie z. B. die ausserordentliche Polizeiaktion, ganz gleichgültig, ob es sich dabei um eine im Einverständnis mit Gauleiter Sauckel getroffene Massnahme oder um eine Arbeitseinsatzaktion gehandelt habe.

H0704-0061

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943 Band I Seite 132 - 141 Eintragungen vom 23. 2. 1943

P r e s s e - Besprechung im Königssaal auf der Burg in Krakau (Teilnehmer s. Liste)

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Besprechung mit Begrüssungsworten an die Erschienenen und erteilt zunächst Pressechef Gassner das Wort.

H0704-0062

standen, dass zur Umrahmung der polnischen Rundfunknachrichten polnische Musik zu Wort kommen dürfe. Er habe in Frankreich das Chopin-Museum aufgekauft, das in diesen Tagen nach Krakau gebracht werde. Veröffentlichungen in der polnischen Presse darüber seien sehr wünschenswert. Auch an ein Auftreten hervorragender polnischer Musiker könne gedacht werden. Stimmungs- und Lageberichte der polnischen Arbeiter in Deutschland sollten mehr als bisher in den polnischen Zeitungen ihren Niederschlag finden. Massnahmen der deutschen Behörden müssten in den polnischen Zeitungen pressemässig behandelt werden. Die Deutschen lebten zu sehr als Fremdkörper im polnischen Raum. In Zukunft müssten diejenigen, die die polnische Sprache verständen mehr Auftrieb bekommen. ...

Hauptschriftleiter Fenske plädiert eine bessere Versorgung der polnischen Schriftleiter, die teilweise sehr mangelhaft sei. Mit gutem Bewusstsein müssten diese Leute schreiben können, dass sie unter der deutschen Herrschaft gut behandelt würden. ...

Der Herr Generalgouverneur fasst das Ergebnis der Besprechung zusammen und erklärt, dass unter Teilnahme des Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda und des Pressechefs der Regierung alle Punkte in ein Regulativ zusammengefasst würden, das allen Hauptschriftleitern der polnischen Zeitungen zugehen werde. Darin seien die Richtlinien für die Behandlung der fremdvölkischen Angelegenheiten auf dem Presse- und kulturellen Gebiet zusammengefasst. Als Richtschnur diene der versöhnende Gedanke des Reiches.

Die Auswirkungen der neuen Deutschen Einstellung würden sich nicht nur in der Presse, sondern auch im Rundfunk, im kulturellen Veranstaltungen, auf dem Ernährungs- und Bekleidungssektor, in der stärkeren Heranziehung von Polen zur Verwaltung usw. zeigen. Alle bisherigen Anordnungen, die dieser neuen Linie widersprechen, würden damit aufgehoben werden. ...

H0704-0063

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943 Band I Seite 171 - 172 Eintragungen vom 16. 3. 1943

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann noch zu einigen Fragen Stellung:

... Er sei bereit, dem neuen Gouverneur des Distrikts Lublin die notwendigen Vollmachten zu erteilen, deren es bedürfe, damit die Autorität der Verwaltung gegenüber gewissen Tendenzen, die von dem SS- und Polizeiführer Globocnik verfolgt würden, wiederhergestellt werde. ...

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943 Band I Seite 184 - 186 Eintragungen vom 26.3.1943.

Gegenstand der Besprechung bildet die gegenwärtige Lage in der Rüstungswirtschaft des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur erwidert auf diese Ausführungen, dass die Regierung des Generalgouvernements über diesen Punkt ständig Verhandlungen führe. Von dem an das Reich abzuliefernden Getreidekontingent lagerten im Generalgouvernement noch 2oo ooo Tonnen. Mit dieser Menge konnte man die im Reichsinteresse arbeitende Bevölkerung des Generalgouvernements und deren Angehörige ausreichend ernähren. Eine Verwendung für diese Zwecke stünde aber die gegnerische Einstellung massgebender Reichsinstanzen gegen die Polen und die infolge der kriegerischen Ereignisse des vergangenen Winters akut gewordene Mangelklage des Reiches auf dem Ernährungssektor entgegen.

H0704-0064

Franks Tagebuch 1943 Band II, Seite 264 a und Seite 8, Eintragungen vom 5. Mai 1943

Seite 264 a G e h e i m - N i e d e r s c h r i f t

über eine Sitzung auf der Burg am 4.5.1943 unter Vorsitz des Generalgouverneurs.

Anwesend: Staatssekretär Dr. Bühler,
" SS-Oberstr. Krüger,
" Dr. Böpple,
Präsident Dr. Losacker,
Befehlshaber der Ordnungspolizei, Generalleutnant der Polizei Becker,
Regierungsdirektor beim Befehlshaber der Ordnungspolizei. Rosendahl

Besprechungsgegenstand war die durch den Staatssekretär für das Sicherheitswesen vorgenommene Besetzung der Polizeidirektorenposten in Radom und Warschau durch die jeweiligen Leiter des Amtes für die Verwaltung und Recht bei denSS und Polizeiführern in Radom bezw. Warschau. Ausserdem wurde besprochen der vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen unternommene Versuch, die bei den Kreishauptleuten bestehenden Ämter für Innere Verwaltung durch Ämter für Polizeiverwaltung zu ersetzen, zu welchem Zwecke bereits 5o Polizeiinspektoren ohne Kenntnis der Hauptabteilung Innere Verwaltung zu den verschiedenen Kreishauptmannschaften in Marsch gesetzt wurden.

Der Generalgouverneur brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass seitens des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen eine Methode angewandt worden sei, von der man nicht sagen könne, dass sie von dem geforderten kameradschaftlichen Geiste getragen sei. Der Generalgouverneur betonte, dass im Falle des Gelingens das vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen unternommenen Versuchs für eine Allgemeine Staatsverwaltung im General gouvvrnement kein Raum mehr sei, und dann zu bedenken, ob bei Eintritt einer solchen Entwicklung nicht die gesamte Verantwortung für alles Geschehen im Generalgouvernement auf die Polizei übergeben müsste. Solange er die Führung im General ouvernement in Händen habe, sei es ihm indessen unmöglich, sich von den Rechtsgrundlagen zu entfernen, die für die Führung in diesem Raum verbindlich aufgestellt worden seien.

H0704-0065

Franks Tagebuch 1943, Band II, Seite 285, 189, 29o, 291, Eintragungen vom 12.5.1943.

Seite 285

A r b e i t s t a g u n g der Distriktverwaltung Krakau.

Nach Begrüssungsworten von Gouverneur Dr. Wendler erstatten die Leiter der einzelnen Abteilungen der Distriktsverwaltung Bericht über ihre Arbeitsgebiete.

Am Schluss der Tagung hält der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache:

Herr Gouverneur! Meine Herren!

Seite 289

Ich werde da, wo Bruchstellen eingetreten sein sollten oder wo sich Bestrebungen wie bei der Ostbahn zeigen, nicht vor den äussersten Massnahmen zurückschrecken. Dann ist es notwendig, dass in einem Teil des Grossdeutschen Reiches noch eine klare Regierungsordnung besteht. Das war unser Stolz und soll es bleiben. Sie können darauf rechnen, dass ich und die Regierung des Generalgouvernements alles tun werden, um Ihre Autorität zu stützen. Wir sind nicht ein sogenanntes Nebenland, nicht eine sogenannte Regierung, sondern wir sind ein wirklicher Staat der im Bereich des Grossdeutschen Reiches seine Aufgabe auf unmittelbare Weisung des Führers zu erfüllen hat. ...

... Wichtig ist mir das Problem der Fremdvölkischen. Es ist interessant, dass auch hier alle Herren übereinstimmend erklären, dass eine grundsätzliche Klärung der Ernährung der Fremdvölkischen erfolgen muss. Wir stehen darüber in Verhandlungen mit dem Reich. Ich habe zur Bedingung gemacht, dass das Reich damit einverstanden zu sein hat, dass wir für die Leistungspolen im Lande die sogenannten Warthausätze einführen; das würden etwa 8o % der Ernährungssätze des deutschen Normalverbrauchers in allen Sparten dessen, was dieser bekommt, sein. Eine solche Regelung würde zu einer Beruhigung und Erleichterung der Si-

H0704-0066

cherheitslage beitragen. Ich kann sagen, dass der Vertreter des Vierjahresplanes und des Reichsernährungsministeriums zugesagt hat, dass auf dieser Basis eine Einigung erzielt werden könne. Diese Regelung würde mit der neuen Ernte in Kraft treten. Ich hoffe aber, dass ich von der Getreidemenge, die hier in Höhe von 180 000 to bis zur Verteilung an die Bevölkerung zur Verfügung erhalte. Damit müsste man eben bis zur neuen Ernte auskommen, und ich will mit diesen 30 000 to lediglich die ewigen Klagen der Rüstungsindustrie beseitigen. Mit der neuen Enrte könnte dann eine wirklich solide und brauchbare Verpflegungsbasis für die Bevölkerung des Generalgouvernements eintreten. Eine solche Regelung ist notwendig, da sonst die ganze Ordnung in Lande auseinanderfällt.

H0704-0067

Franks Tagebuch 1943, Band II, Seite 319, 334, 335, 336, 338, Eintragungen vom 26.5.1943.

Seite 319

Arbeitssitzung im Sitzungssaal des Distriktsgebäudes Radom.

Seite 334

8. Referat des SS- und Polizeiführers Böttcher über die Sicherheitslage im Distrikt Radom.

SS- Oberführer Böttcher führt aus, dass bis zum März 1942 die Zahl der Überfälle und die Kopfstärke der Teilnehmer an diesen Überfällen zu besonderer Beunruhigung keinen Anlass gegeben hätten. Es seien 1o, in seltenen Fällen höchstens 15 Banditen als Teilnehmer solcher Überfälle festzustellen gewesen. Bei ihnen habe es sich um Eingesessene gehandelt, die ihrem landesüblichen Gewerbe schon seit langem nachgingen. Überfälle mit starkem politischen Einschlag seien kaum feststellbar gewesen.

Von April 1942 an habe sich das Bild in langsamen Ansteigen der Zahl der Überfälle in Gestalt gewaltsamen, raubartigen Vorgehens gewandelt. Allerdings habe es sihh öfter nachträglich herausgestellt, dass entgegen den Meldungen nur reine Einbruchdiebstähle verübt worden seien.

Wenn sich bis April 1942 die Zahl der monatlichen Überfälle durchwegs unter 1oo gehalten habe, so sei im April 1942 erstmalig die monatliche Anzahl auf 1o5 gestiegen, im Juli bereits auf 2o6, im November auf 365, im Februar auf 493, im März auf 7o5, im April auf 965, und im Mai 1943 werde eine Zahl von über 1ooo erreicht werden.

Im letzten Halbjahr habe nicht nur ein schnelles Ansteigen der Zahl der Überfälle, sondern auch eine immer grösser werdende Kopfzahl, eine bessere Bewaffnung und Organisation sowie eine Planmässigkeit des Vorgehens festgestellt werden können. Die Angriffstätigkeit sei immer auf deutsche und deutschen Interessen dienende Objekte gerichtet worden, und zwar mit der Tendenz, die deutsche Verwaltung, das deutsche Nachrichtenwesen, die

H0704-0068

deutsche Wirtschaft zu stören. Auch seien Angriffe auf kleine Postämter, Bahnstationen, Steuereinnahmestellen, Gemeindeämter, Molkereien, Milch= und Eiersammelstellen, Güter der Liegenschaftsverwaltung, Sägewerke usw. erfolgt, bei denen zumeist auch grössere Mengen Bargeldes geraubt worden seien.

Im ersten Vierteljahr 1943 seien 14 Deutsche ermordet worden, im April 36. Der Überfall auf Antonienhof habe 17 Tote gekostet. Die Zahl der aus politischen Gründen ermordeten Polen sei im April auf 54 gestiegen. Bandenüberfälle hätten stattgefunden: im Februar 22, im April 39, im Mai 83, 102 Überfälle seien auf Gemeindeämter verübt worden.

Die Planmässigkeit des Vorgehens sei deutlich festzustellen. Dabei ergebe sich folgendes Bild: die nationalpolnische Tätigkeit sei unbedeutend; die gesamte terroristische Bewegung gehe von den Kommunisten aus. Es gebe eine einheitliche Führung von Warschau her, und zwar von Funktionären mit genauer Schulung für den terroristischen Kampf. In den einzelnen grösseren Städten gebe es besondere Stäbe für Waffenversorgung. Genau so, wie festgestellt sei, dass die Versorgung mit Waffen usw. mittels Fallschirmabwurfs erfolge, stehe auch fest, dass die allgemeine Direktive für die terroristische Tätigkeit vom feindlichen Ausland komme. Es gebe einen ausgezeichneten Nachrichtendienst mit allen technischen Mitteln, auch eine besonders gut arbeitende militärische Führung.

Für die Zusammensetzung der Banden im Distrikt Radom könne festgestellt werden, dass es sich nicht um Banden handle, die ständig Tag und Nacht zusammengezogen seien, denn dann wäre es eine rein militärische Aufgabe, sie zu vernichten. Abgesehen von einem kleinen Kern setzen sich die Banden aus Einwohnern zusammen, die nur stunden= oder tageweise zu ihnen stiessen, sonst aber in den Dörfern ihrer Beschäftigung nachgingen. Auch sei ein Teil der Bewaffnung, Ausrüstung und Munition in den Dörfern versteckt, was

H0704-0069

daraus zu schliessen sei, dass oft in den Häusern solcher Dörfer Sprengkörper explodierten. Aus alledem ergebe sich die grosse Schwierigkeit der Bekämpfung dieser Bandentätigkeit.

Im Jahre 1942 seien von deutschen Polizeikräften einschliesslich des Sonderdienstes insgesamt 2o gefallen, im ersten Vierteljahr 1943 7, im April 4, im Mai 14. Von Angehörigen der polnischen Polizei seien im Jahre 1942 gefallen 16, im ersten Vierteljahr 1943 14, im April 6, im Mai ebenfalls 6. Die Unterführer und Männer der polnischen Polizei hätten mit wenigen Ausnahmen eine erstaunliche Pflichttreue gezeigt, was von den polnischen Polizeioffizieren nicht gesagt werden könne, die zum grössten Teil unzuverlässig seien.

H0704-0070

Franks Tagebuch 1943, Band II, Seite 319, 344, 349, 350, 352, 353, Eintragungen vom 26.5.1943.

Seite 319

Arbeitssitzung im Sitzungssaal des Distriktsgebäudes Radom.

Seite 344

Am Schluss der Tagung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Wir müssen uns darüber klar sein, der erste Ansatzpunkt ist die Ernährung der polnischen Bevölkerung. Aber ich möchte Ihnen gleich völlig autoritativ sagen: ich werde, ganz gleich, was kommen möge, unter allen Umständen für den denkbar möglichst grossen Kreis der Bevölkerung jene Sätze der Nahrungsmittelzuteilung mit der kommenden Versorgungsperiode in Gener-

algouvernement einführen, die irgendwie von uns in Hinblick auf unsere Stellung dem Reiche gegenüber verantwortet werden könnten. Ich werde mich durch nichts und von niemanden davon abbringen lassen. ...

H0704-0072

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band II, Seite 435 A, Anlage Seite 3,4,5, 6, 7, 11, Eintragungen vom 27.5.1943.

Seite 435 A

Generalgouvernement
Distrikt Lublin
Der Kreishauptmann in
P u l a w y

Pulawy, den 27. Mai 1943.

Herr Generalgouverneur, Herr Gouverneur, meine Herren!

Vom Distrikt Lublin bin ich beauftragt worden, über die politische Lage Bericht zu erstatten.

Seite 3, (Anlage)

In den letzten Monaten ist eine dauernd sich steigernde Verschärfung der politischen Lage zu erkennen. Es ist noch nicht festgestellt, inwieweit die polnische Widerstandsbewegung, die wohl getrennt in mehreren Gruppen arbeitet, jedoch scheinbar einheitlich geführt wird, mit den immer stärker werdenen Terrorgruppen zusammenarbeitet.

In der Kreishauptmannschaft Pulawy sind allein im Monat Mai 11 Gemeindeämter überfallen und grösstenteils zerstört worden. Von 26 Landgemeindeämtern sind bisher 22 Gemeindeämter entweder ganz oder teilweise zerstört. Mehrere Ämter, die nach der Zerstörung ihre Arbeit wieder aufgenommen und mühsam neue Unterlagen geschaffen hatten, wurden erneut überfallen. Drei Gemeinden sind im ganzen dreimal überfallen und vernichtet worden. Auch in anderen Kreisen des Distrikts nimmt die Zahl der Überfälle auf Gemeindeämter ständig zu. Im Kreise Lublinland sind etwa 5o % der Gemeindeämter zerstört. Ähnlich verhält es sich in den Kreisen Krasnik, Radzyn, Krasnystaw und Biala Podlaska. Bei diesen Überfällen wurden verschiedentlich Bürgermeister, Dorfschulzen, V-Leute, Angestellte der Arbeitsämter, Viehregistratoren usw. erschossen und in einer Vielzahl von Fällen neuerdings auch Ortsschulen überfallen, deren Listen vernichtet und Steuergelder geraubt wurden. Der Einzug der Steuern läuft über den Ortsschulzen, der die Steuern der Dorfgemeinde gesammelt, an die Grossgemeinde zur Weiterbeförderung abgibt, ...

H0704-0073

Es ist festgestellt worden, dass im Gebiet der Kreishauptmannschaft Pulawy etwa 4 Terrorgruppen tätig sind, die unter einheitlicher Führung im Kreise arbeiten. Ähnlich wird es auch in den anderen Kreisen des Distrikts aussehen. Die Terrorgruppen bedienen sich verschiedener politischer illegaler polnischer Verbände zur Durchführung ihrer Sabotageakte. Die wichtigsten politischen Kampfgruppen sind neben der polnischen Widerstandsbewegung die kommunistische polnische Arbeiterpartei und die polnische Bauernpartei, die zwar in ihren politischen Ansichten nicht so radikal ist, sich jedoch der Führung der Terrorgruppen unterstellt hat. Die Terrorgruppen selbst bestehen aus etwa 15 - 30 Führern, entwichenen sowjetischen Kriegsgefangenen, aus der Luft abgesetzten sowjetischen Führern, Juden und radikal eingestellten Polen.

Die Tätigkeit der Terrorgruppen und der von ihnen geführten polnischen Kampfgruppen richtet sich nicht allein auf die Erschiessung von Bürgermeistern, Dorfschulzen, V-Leuten usw. und die Zerstörung von Gemeindeämtern, Molkereien, Sägewerken, Postämtern, Nebenstellen der Arbeitsämter, sondern auch besonders auf die Wegnahme von Waffen und Munition. Allein im Kreisgebiet Pulawy ist in den letzten beiden Wochen den Banditen Bewaffnung für eine volle Kompanie allein von Deutschen in die Hände gefallen.

Die deutsche Führung in diesem Raum ist in Gefahr, restlos verloren zu gehen, wenn nicht in kürzester Zeit stärkste Massnahmen erfolgen um die vollkommen gesunkene deutsche Autorität zu heben. Wir stehen vor dem offenen Aufruhr. Im Namen der Kreishauptleute bitte ich Sie, Herr Generalgouverneur, um Ihr Einschreiten.

H0704-0074

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943 Band III Seite 449 - 450 Eintragungen vom 1.6.1943

W i r t s c h a f t s t a g u n g im Grossen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes.

Schlussworte des Herrn Generalgouverneurs:

... Ich ende daher die heutige Sitzung nicht - wie zu erwarten war - sondern ich vertage sie. Ich werde sie voraussichtlich in etwa 4 - 6 Wochen wieder zusammenberufen und werde dann sprechen. Bis dahin wird folgender Auftrag erfüllt sein, den ich Ihnen, Herr Staatssekretär, hiermit bekannt gebe:

Ich bilde hiermit einen unter meinem Vorsitz stehenden Ausschuss für die Versorgung der nichtdeutschen arbeitenden Bevölkerung des Generalgouvernements. Dieser Ausschuss hat die Aufgabe, mir von heute angerechnet in fünf Wochen einen völlig ausgearbeiteten und absolut der Verwirklichung zuzuführenden Plan vorzulegen, auf Grund dessen die Versorgung der fremdvölkischen arbeitenden Bevölkerung in allen Lebensbereichen regierungsamtlich sichergestellt ist. Ich übernehme den Vorsitz in diesem Ausschuss selbst und berufe Sie, Herr Staatssekretär, den Herrn Präsidenten dr. Emmerich den Herrn General Schindler, Generaldirektor Hoffmann, Dr. Weber, Dr. Burghardt, Dr. Hartung, Dr. Fechl und Pg. Bodo Stahr hinein.

Ich werde an den Beratungen dieses Ausschusses persönlich teilnehmen und die massgeblichen Präsidenten der Regierung jeweils zu den einzelnen Faktoren hören.

H0704-0075

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943 Band III Seite 492,493,494,495
Eintragungen vom 18. 6. 1943

Arbeitstagung der Distriktverwaltung im Grossen Sitzungssaal des Palais Bruehl.

Nach Eröffnung der Sitzung entbietet Gouverneur Dr. Fischer im Namen der Distriktverwaltung Warschau dem Herrn Generalgouverneur und den Mitgliedern der Regierung anlässlich des diesjährigen Regierungsbesuches den Willkommensgruss des Distrikts Warschau. ...

Die Ernsthaftigkeit der Sicherheitslage sei der Regierung durch den Besuch in Radom und Lublin bekannt geworden. Warschau mache keine Ausnahme. Er habe seit langem von allen Ereignissen, die auf eine Verschlechterung der Sicherheitslage hindeuten, Kenntnis gegeben und sich dabei gegen Versuche gewendet, die Dinge zu verkleinern. In einem Bericht vom 24. Mai sei der Regierung auseinandergesetzt worden, worauf die Verhältnisse zurückzuführen seien, wie sich die Lage z. Zt. darstelle und welche Massnahmen unbedingt getroffen werden müssten, damit Sicherheit und Ordnung wiederhergestellt werden könnten.

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai hätten sich im Gebiet des Distrikts Warschau 1885 Überfälle, während die wirkliche Zahl vermutlich erheblich höher liege, Bei den Sabotageakten seien im Distrikt Warschau 178 Personen getötet worden, darunter 86 Deutsche; 217 Personen, darunter 80 Deutsche, seien zumeist schwer verletzt worden Die Unterstützungsansprüche der Unterbliebenen seien in befriedigender Weise geregelt worden.

Das Ziel der Banditen gehe offenbar dahin, die deutsche Verwaltungsarbeit lahm zu legen. Aus diesem Grunde würden ständig führende Personen der deutschen Verwaltung ermordet. Die Männer der deutschen Arbeitsverwaltung und der Kreishauptmannschaften ständen auf besonders gefährdetem Posten. Weiter richteten sich die Angriffe auch gegen die polnischen Dienststellen der unteren Instanz besonders in der Gemeindeverwaltung. So seien z. B. die im Gebäude der Kreishauptmannschaften Minsk untergebrachten wichtigsten Unterlagen sämt-

H0704-0076

H0704-0077

licher Gemeinden durch Brandstiftung vernichtet worden. In diesen Kreisen seien von 16 Gemeindeverwaltungen nicht weniger als 15 völlig zarstört.

Die Angriffe richteten sich auch gegen den Betrieb der Ernährungswirtschaft, vor allem gegen Molkereien. Nach einem offenbar einheitlichen Sabotageplan seien in einer einzigen Nacht 22 Molkereien in den verschiedenen Kreishauptmannschaften angegriffen worden.

Die deutsche Verwaltung sei zur Zeit nicht mehr völlig Herr der Lage. Es sei ausgeschlossen, den Aussendienst der Kreishauptmannschaften in der früheren Form durchzuführen. Das müsse sich naturgemäss im Laufe der Zeit insbesondere im Hinblickauf die Kontigentserfassung verheerend auswirken. Die Erzeugungsschlacht des Jahres 1943 sei aufs äusserste gefährdet, wenn es nicht gelinge, innerhalb der nächsten Wochen dieser Situation Herr zu werden.

Von seiten des Distrikts sei alles nur Mögliche getan worden: deutsche Polizei und Gendarmerie einschliesslich des SD hätten in den letzten Monaten höchste Einsatzbereitschaft gezeigt. Die Exekutive sei aber so gering, dass es völlig unmöglich gewesen sei, mit den zur Verfügung stehenden Polizeiorganen eine grundlegende Befriedigung zu erreichen. Die Wehrmacht habe dankenswerter Weise die Massnahmen der Polizei weitgehend unterstützt. ...

Seite 495

... Ein Grosseinsatz in einzelnen Kreisen habe keinen Erfolg, da sich die Banditen sofort in die Nachbarkreise zurückzögen. Ein wirkungsvoller Schutz könne nur gewährt werden, wenn in jeder Kreishauptmannschaft eine Polizeiformation vorhanden sei, die ständig für die systematische Bekämpfung der Banden zur Verfügung stehe. Von einem motorisierten Polizeiregiment seien bis jetzt 2 Bataillone eingetroffen, und man dürfe hoffen, dass in den nächsten Wochen mit diesen neuen Kräften sich eine positive Entwicklung anbahne.

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943 Band III Seite 528, 547 - 548
Eintragungen vom 19. 6. 1943

W i r t s c h a f t s t a g u n g im Schloss Belvedere.

Seite 547

Der Herr Generalgouverneur fasst das Ergebnis der Verhandlungen zusammen und stellt fest:

1.) alle Teilnehmer der Sitzung sind der Auffassung, dass die Durchführung einer möglichst umfangreichen Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln die erste Voraussetzung eines gedeihlichen Arbeitens der Wirtschaft ist.

2.) Wegen der Besonderheiten, die in dieser Beziehung auch hinsichtlich der Ernährungsgrundlagen zu beachten sind, müssen gemeinsame Abmachungen getroffen werden.

3.) Anzustreben ist eine programmatische Gesamtregelung aller Massnahmen, die mit der 1. September 1943 eingetretenen Änderung in der Ernährung der polnischen Bevölkerung zusammenhängen. Für die Frage der Behandlung des Grundstückeigentums soll eine besondere Sitzung mit den Vertretern des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums anberaumt werden.

4.) In die Frage der Verlagerung von Industriebetrieben aus dem Reich ins Generalgouvernement muss eine gewisse Klarheit gebracht werden.

H0704-0078

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943 Band III Seite 549,556,557
Eintragungen vom 19. 6. 1943

Grosskundgebung der NSDAP. im Hause "Roma".

Von lebhaften Beifall begrüsst ergreift hierauf der Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouverneur Dr. Frank das Wort zu folgender Rede:

Seite 556

... Die Lebensbedingungen der fremdvölkischen Bevölkerung werden ab 1. September eine grundlegende Verbesserung erfahren, wie sie auch notwendig ist. Wir werden hier die Sätze einführen, die für die Fremdvölkischen in anderen Teilen des Reiches schon eingeführt sind und die etwa 80 % der für die Deutschen in Deutschland gewährten Sätze ausmachen. (Lebhafter Beifall)

Damit wird in einem der grossen Punkte wiederum gezeigt, dass die europäische Neuordnung, die Adolf Hitler plant, auch in diesem Raume Anwendung finden wird. (Lebhafter Beifa

... Trotzdem werden wir Platz finden für das Leben und das wohlgefügte, auch eigengesetzliche Dasein des polnischen Volkstums in diesem Raum. Wir wollen den Polen weder ihre Sprache noch ihre Kultur noch ihre Kirche noch sonst etwas nehmen; wir wollen sie nur davor bewahren, dass sie durch eigene Staatsgründung immer wieder ins Unglück gestürzt werden. Unter dem Schutz des grossdeutschen Reiches kann das polnische Volk friedlich den Acker bestellen und seiner Arbeit nachgehen. Wir wollen nicht germanisieren; solche lächerlichen Pläne haben wir nicht. ...

H0704-0079

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943 Band III Seite 583 - 585 Eintragungen vom 21. 6. 1943

Der Herr Generalgouverneur empfängt eine Abordnung des Polnischen Hilfskomitees im Distrikt Galizien.

Der Sprecher der Delegation Dr. Tesznar richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur: ....

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Nach Überprüfung aller Möglichkeiten habe ich nunmehr angeordnet, dass zum 1. September ds. Jhr. grundsätzlich die Ernährungssituation auch der polnischen Bevölkerung dieses Raumes in grosszügiger Weise ihre Regelung erfahren wird. Wir wollen zum 1. September ds. Jhs. für die Bevölkerung dieses Raumes die Sätze einführen, die man die Wahrthegausätze nennt. Das wird eine grosszügige, allerdings auch die Absolute Ordnung der Bevölkerung voraussetzende Massnahme der deutschen Führung in diesem Raume sein und wird das brennendste Problem, das Ernährungsproblem,

H0704-0080

in weitesten Umfange einer Lösung entgegenführen. Ich möchte Ihnen diese Erklärung hier abgeben. Sie erkennen schon aus dem Ernst dieser Worte, welche Gedanken ich damit verbinde: Ich persönlich und die Männer meiner Regierung sind den Bedürfnissen auch der polnischen Bevölkerung dieses Raumes gegenüber absolut aufgeschlossen. Wir sind nicht hier, um sie auszurotten, oder auszutilgen, oder sie über das Mass des dieser Bevölkerung vom Schicksal auferlegten hinaus zu quälen. Ich hoffe, dass wir zu einer wirklichen Befriedigung in allen Dingen kommen, die uns manchmal trennen. Ich persönlich habe garnichts gegen die Polen. ...

H0704-0081

Franks Tagebuch 1943, Band IV, Eintragung vom 9.7.1945.

Seite 669 -675

Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Böpple des Präsidenten Dr. Losacker und des Pressechefs Gassner den Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen Professor Dr. Teitge und 5o Ärzte des Distrikts Krakau sowie eine Anzahl Ärzte der Wehrmacht, die zur Zeit als Anlass einer ärztlichen Tagung in Krakau anwesend sind.

Seite 67o

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

H0704-0082

Seite 672

... Dieses erste - man kann ruhig sagen - Gesundheitsministerium, wenn wir auch diesen Ausdruck nicht verwenden, ist durchaus Neuland. Diese Hauptabteilung Gesundheitswesen wird sich auch gerade mit wichtigen Fragen zu beschäftigen haben. Uns Ärzten in diesem Raume fehlt vor allem eine Klarlegung des grossen Problems des Nachwuchses der fremdvölkischen Ärzte. Wir können in diesem Raum und möchten in diesem engen Rahmen von Persönlichkeiten, die alle über eine grosse Verantwortung verfügen, keine Germanisierungs= und gewaltsame Deutschtumspolitik treiben. Meine Aufgabe in diesem Lande, in welchem nur knapp 1,5 % der Gesamtbevölkerung Deutsche sind, ist die, die Arbeitspotenz dieses Volkes so stark wie nur möglich in den Dienst des Sieges unseres Volkes zu stellen. Das führt zu den ungeheuren Schwierigkeiten, die mit den politischen Führungsaufgaben in diesem Raum zusammenhängen. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit, dass wir die Bevölkerung in zunehmendem Masse pfleglich zu behandeln haben, um ihre Arbeitskraft sicherzustellen. Denn jeder europäische Mensch, ganz gleich, welchen Volkes er ist, ist heute mit immer grösserer Wichtigkeit ein Punkt in der Entwicklung unseres Sieges. Es ist sehr einfach, ein Volk, sagen wir einmal, auszurotten oder in seinen Lebensbedingungen so herabzudrücken, dass es ausstirbt. Es gibt Beispiele in der Geschichte.

H0704-0083

die zeigen, dass eine solche Ausrottung durch Jahrzehnte oder Jahrhunderte möglich ist. Die harte und grausame Vernichtung der indianischen Bevölkerung von Südamerika nach der Besetzung durch die Spanier ist ein solches Beispiel. Aber wir würden uns sehr schaden, wenn wir diese Prozedur etwa auf die polnische Bevölkerung übertragen wollten. Wenn Sie sich einmal den Ostbahnbetrieb ansehen und sich dabei überlegen, dass über die Strecken der Ostbahn 3/5 des Gesamtverkehrs zwischen Heimat und Osten laufen, wenn Sie weiter bedenken, dass von den 148 ooo Beamten und Angestellten der Ostbahn nur 9ooo Deutsche und über 13o ooo Polen sind, so können Sie ermessen, welche Bedeutung dieses Wort von der pfleglichen Behandlung der fremdvölkischen Bevölkerung in diesem Raum in dem Augenblick der Präzision der Kriegsitutation erlangt.

Mitten hinein in die pflegliche Behandlung gehört die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung dieses Raumes. Ich habe nicht nachgelassen und werde auch nicht nachlassen, diesen meinen Willen durchzusetzen. Zum 1. Sept. dieses Jahres wird eine einigermassen ausreichende Verpflegung der fremdvölkischen Bevölkerung sichergestellt werden. Die Vorarbeiten dafür werden Tag und Nacht getroffen. Ich werde dafür sorgen, dass vom 1. September d. J. an wirklich die Möglichkeit besteht, der Bevölkerung auch eine gewissen Lebenssicherheit zu schaffen. Auf diesem Wege kommen wir aus manchem heraus, was heute gefahrdrohend vor uns aufsteigt; ich erinnere nur an das Schreckbild der Tuberkulose, das in diesem Lande sich zeigt.

H0704-0084

Im Zusammenhang mit der pfleglichen Behandlung der fremdvölkischen Bevölkerung in unserem Sinne und Interesse ist natürlich auch die Frage des <u>fremdvölkischen Ärztenachwuches</u> von grösster Bedeutung. Ich werde auch hier alles tun, um im deutschen Interesse die Betreuung der fremdvölkischen Ärzteschaft soweit wie nur möglich zu fördern und zu steigern. Es ist auch nicht ganz unangebracht, wenn ich in diesem Zusammenhang dankbar feststelle, dass sich auch die polnischen und ukrainischen Ärzte doch im grossen Umfange dieser Gemeinschaftsarbeit im Dienste der allgemeinen Gesundheitsführung dieses Raumes nicht nur nicht verschlossen, sondern teilweise sehr aktiv und verdient mitgearbeitet haben.

H0704-0085

Franks Tagebuch 1943, Band IV, Eintragung vom 14.7.1943

Seite 708, 711

Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberbefehlsleiter Friedrichs und Dienstleiter Walkenhorst von der Parteikanzlei München.

Seite 711

... Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, welche verheerenden Folgen die Einrichtung des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen für die Autorität des Generalgouvernements gehabt habe. Es habe sich eine eigene Polizei= und SS-Regierung gegen den Generalgouverneur zu bilden versucht, die nur mit Aufwand äusserster Energie im letzten Augenblick habe niedergeschlagen werden können. In diesem Zusammenhang verweist der Herr Generalgouverneur auf das wahrscheinlich im Verordnungsblatt des Generalgouvernements vom 15. Juli erscheinende Übereinkommen zwischen den Staatssekretären Dr. Bühler und Krüger und bezeichnet es als grossen Sieg der Staatsidee über aufrührerisches Intrigantentum.

H0704-0086

Franks Tagebuch 1943, Band IV, Eintragungen vom 23.7.1943

Seite 766 - 772

Seite 766

Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leiter des Polnischen Hauptausschusses Graf Ronikier, den stellvertretenden Leiter Direktor Seyfried in Gegenwart der Gouverneure Dr. Losacker und Dr. Wendler, des Landesoberverwaltungsrats Weyrauch und des stellvertretenden Leiters der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge Türk.

Der Herr Generalgouverneur erklärt eingangs, dass er von den schweren Ereignissen in den Distrikten Lublin und Galizien gehört habe und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass es das letzte Mal sein möge, wo Schwierigkeiten aufträten. Dieser Kriegszustand müsse einmal abgebaut werden; er habe dafür im Distrikt Lublin Gouverneur Dr. Wendler, einen sehr einsichtigen Mann eingesetzt.

Graf Ronikier überreicht dann folgende Notiz:

Die derzeit auf einem Teil des Gebietes des Generalgouvernements (dem Distrikt Lublin) im Gange stehende Aktion der Pazifikation, welche mit einer Umsiedlungsaktion verbunden ist - obwohl vor einigen Monaten von massgebenden Stellen erklärt wurde, die Umsiedlungsaktion sei bereits beendet – zwingt den Polnischen Hauptausschuss aus dem Grunde, weil sie ganze Massen von neuen Fürsorgebedürftigen schafft, folgende Punktezu unterbreiten, deren volle Berücksichtigung zur Erfüllung der satzungsmässigen Aufgaben desselben unerlässlich sind:

H0704-0087

1. Die Einstellung der Aktion in der Form, in welcher sie jetzt durchgeführt wird, und die Einstellung der damit verbundenen Umsiedlungsaktion.
2. Die Übergabe der ganzen Fürsorge für die durch die behördlichen Massnahmen Betroffenen, besonders auch in den Sammel= , Durchgangs= und anderen Lagern, sowie hauptsächlich auch der Fürsorge für die betroffenen Kinder an den Polnischen Hauptausschuss sowie seine Fürsorgestellen.
3. Die Gewährung völliger Bewegungsfreiheit für die mit diesen Aufgaben betrauten Fürsorgestellen des Polnischen Hauptausschusses sowie deren Angestellte, die Erteilung denselben jeglicher Hilfe von seiten der behördlichen Dienststellen sowie die Zuweisung seitens der Regierung der nötigen Geldmittel sowie der erforderlichen Mittel in Natur für die durch die Aktion Betroffenen.

Graf Ronikier weist auf die schwierige Arbeit des Polnischen Hauptausschusses hin. Die neue Aktion im Distrikt Lublin bringe einen solchen Kreis von Hilfsbedürftigen mit sich, dass sie den Herrn Generalgouverneur um Hilfe bitten müssten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt seine Bereitschaft zu dieser Hilfe. Der Zeitpunkt sei gekommen, an dem von dem bisherigen sehr scharfen Kurs einmal abgegangen werden solle. Er könne für sich und für seine Regierung in Anspruch nehmen, dass er im Reic seit Jahren für eine Änderung dieses Kurses tätig sei. Das sei aber furchtbar schwer, denn im Reich herrsche die Meinung vor, dass die Polen Todfeinde Deutschlands seien. Man berufe sich dort auf die Erfahrungen, die die deutsche Volksgruppe im früheren Polen habe machen müssen. Die deutsche Verwaltung des

H0704-0088

Generalgouvernements habe nun das polnische Volk eingehend studiert und kennengelernt. Sie wolle nun einen neuen Versuch machen. In seiner heutigen Ansprache bei der Gründung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements habe er es bereits als eine deutsche Pflicht bezeichnet, die Kultur der Polen zu schützen. Bekanntlich gebe es militante Menschen; als ein solcher habe sich im Distrikt Lublin der SS- und Polizeiführer Globocnik erwiesen. Er sei abberufen worden, und an seine Stelle trete ein sehr ruhiger Mann. Er habe auch den neuen Gouverneur Dr. Wendler gebeten, die schweren Verhältnisse in Lublin zu erleichtern und festzustellen, was abgeändert und korrigiert werden könne. Gouverneur Dr. Wendler habe von ihm den Auftrag, die Herrn des Polnischen Hilfsausschusses an Ort und Stelle zu empfangen und darüber zu beraten.

Trotz alldem habe die deutsche Verwaltung einen grossen Schritt vor; er habe durchgesetzt, dass ab 1. September 1943 die Ernährung des polnischen Volkes auf eine ausreichende Basis gestellt werde. Ab diesem Zeitpunkt werde im Generalgouvernement kein arbeitender Mensch mehr hungern müssen.

H0704-0089

Der Herr Generalgouverneur spricht dann von seinen Bemühungen für das polnische Volk, die so weit gingen, dass die deutsche Verwaltung des Generalgouvernements als zu polenfreundlich bezeichnet werde. Er verweist auf die grossen Leiden aller Völker Europas und hier insbesondere auf die des deutschen Volkes; das polnische Volk stünde also nicht allein.

H0704-0090

Der Herr Generalgouverneur führt weiter aus, dass er als Deutscher und alter Nationalsozialist im Reich viel für die polnischen Belange getan habe. Das Zustandekommen der Verordnung vom 15. Juli habe ihm 2 Jahre Kampf gekostet.

H0704-0091

Er fasse seine Aufgabe als Europäer auf. Loyalerweise müsse er die Arbeit der Hunderttausende polnischer Menschen anerkennen. Er habe auch das Vertrauen, dass er seinen Kurs weiter einhalten könne, und glaube nicht, dass sich die Tätigkeit der Widerstandsbewegung verstärken werde. Im Laufe der Jahre müsse man zu einem vernünftigen gegenseitigen Verhältnis gelangen. Schritt um Schritt werde er den Polen entgegenkommen, er müsse dies aber als Deutscher verantworten können und das Gefühl haben, dass diese Entwicklung nicht gegen sein Vaterland, gegen das schwerringende Deutsche Reich gehe. So werde er nach der Einführung der neuen Rationssätze in Krakau auch ein polnisches Theater eröffnen. ..

Auf Antrag des Gouverneurs Dr. Losacker und Vorschlag des Landesoberverwaltungsrats Weyrauch stellt der Herr Generalgouverneur dem Polnischen Hauptausschuss den Betrag von 2 Millionen Zloty zur Verfügung. Die Verfüungsberechtigung erteilt er Graf Renokier im Benehmen mit den Gouverneuren Dr. Losacker und Dr. Wendler. Als weiteren Schritt der deutschen Verwaltung kündigt er eine Änderung des deutschen Kurses an. Hier gelte als erste Massnahme die Einführung der neuen Rationssätze ab 1. September. Sie werde - davon sei er überzeugt - eine grosse Erleichterung bringen. Vielleicht könne auch dem Polnischen Hauptausschuss die Arbeit mit zusätzlichen Lebensmittellieferungen für seine Lager erleichtert werden. Als äusserer Ausdruck dieser neuen Befriedigungsaktion werde auf der Burg eine grosse Erntedankfeier mit polnischen Bauern stattfinden. Die deutsche Verwaltung werde trotz der ungeheuren Schwierigkeiten psychologischer Art alles in ihrer Macht Stehende tun, um das gegenseitige Vertrauen zu stärken.

H0704-0092

2233 .PS

Franks Tagebuch 1943, Band IV, Eintragungen vom 2.8.1943

Seite 778, 779, 780

Seite 778

Der Herr Generalgouverneur empfaengt in Anwesenheit des Staatssekretaers Dr. Boepple SS-Obergruppenfuehrer von dem Bach, der als Sonderbevollmaechtigter des Reichsfuehrers SS Himmler die Ergebnisse der Sicherheits- und Umsiedlungsaktionen im Generalgouvernement mit dem Generalgouverneur bespricht.

Der Herr Generalgouverneur gibt dabei seiner ungeheuren Enttaeuschung Ausdruck ueber die Ergebnisse, die die bisherigen Sicherheitsaktionen gezeitigt haben. Er weist darauf hin, dass die Umsiedlungssitiation im Distrikt Lublin einer Katastrophe gleicht und betont, dass es voellig unmoeglich ist, die bisher gehandhabte Methode weiter inne zu halten. Er verlangt die sofortige Abstellung dieser Zustaende.

H0704-0093

Der Herr Generalgouverneur fasst die Ergebnisse der eingehenden Aussprache wie folgt zusammen:

1. Polizeiliche Grossaktionen sollen kuenftig im Generalgouvernement weder unter dem Thema Bandenbekaempfung noch unter dem Theam Umsiedlung staattfinden.
2. Als einziges sich wirklich bewaehrt habendes System der Sicherheitsgarantie insbesondere im Hinblick auf die dringende Frage der Ernteeinbringung wird die meglichst dichtmaschige Dislocierung von kleinen Polizeistationen in die Ablieferungsdoerfer erkannt.
3. General Becker erklaert, dass, sobald die Grossaktion im Distrikt Galizien, die durch den Einbruch der militaerisch gefuehrten sogenannten Kolback-Bande ausgeloost wurde, abgeschlossen ist, diese Dislocierung im weitesten Umfange auch in den Distrikten Galizien und Lublin durchgefuehrt wird. Jn den Distrikten Krakau, Warschau und Radom si sie bereits im vollen Durchorganisiertwerden.
4. Die Angelegenheit Lublin soll sobald wie moeglich zum Abschluss gebracht werden. Der Herr Generalgouverneur betont, dass er es fuer zweckmaessig halte, dass der SS- und Polizeifuehrer Globocnik seinen Posten unverzueglich an seinen Nachfolger abtrete, damit auch in diesem Punkte eine Bereinigung der polizeilichen Befehlsituation im Distrikt Lublin eintrete.

   Der Herr Generalgouverneur ersucht SS-Obergruppenfuehrer von dem Bach, am gleichen Nachmittag die Ergebnisse der Besprechung mit den beteiligten Herren nochmals eingehend zu eroertern. SS-Obergruppenfuehrer von dem Bach erklaert sich gern dazu bereit.

H0704-0094

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band IV, Eintragung vom 3. 8. 1943

Seite 791, 792, 801

Seite 791

W i r t s c h a f t s t a g u n g im Grossen Sitzungssaal des Regierungsgebaeudes.

Seite 792

Am Schlusse der Tagung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Seite 801

. . . Im Zusammenhang damit muss der Notwendigkeit Rechnung getragen werden, dass die Autoriaet der Regierung dieses Raumes von jedermann vertreten wird. Meine p e r soenliche Ruecksprache, die ich gestern mit dem Sonderbeauftragten des Reichsfuehrers SS Himmler Herr von dem Bach-Zelewski hatte, wird zur Folge haben, dass diese Massnahme sofort zurueckgenommen wird. Alles, was hier geschehen kann, wird geschehen, vor allem mit Hilfe des neuberufenen SS- und Polizeifuehrers im Distrikt Lublin, der jetzt unverzueglich dieses schwere Erbe antreten wird . . .

H0704-0095

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band IV, Eintragung vom 3. 8.1943
Seite 791, 792, 803

Seite 791

W i r t s c h a f t s t a g u n g im Grossen Sitzungssaal des Regierungsgebaeudes.

Seite 792

Am Schlusse der Tagung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Seite 803

. . . Weiter muss dafuer gesorgt werden, dass die loyale Behandlung der loyalen, anstaendigen in unserem Gebiet unter Hungerbedingungen bis jetzt arbeitenden Bevoelkerung, ohne die wir in diesem Raum wirtschaftlich wie staatlich in jedem Augenblick verloren waeren, auch dazu fuehrt, die kommende europaeische Fuehrung des Grossdeutschen Reiches auch fuer die Polen als ein erstrebenswertes Ziel erscheinen zu lassen. Dazu gehoert, dass diese Bevoelkerung in ihrer Gesundheit, Nahrung,Kleidung, aber auch in gewissen Ausstrahlungen ihrer voelkischen Kultur den Schutz findet, der sich mit dem deutschen Interesse vereinbaren laesst. Weiter hat unter der Sicherung des Staatsapparates dieses Nebenlandes fuer die Rechtsordnung und vor allem auch fuer die Wahrung alles zu geschehen . . .

H0704-0096

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band V, Eintragung vom 13.9.1943

Seite 915 und 917

Besprechung mit Staatssekretaer Dr. Buehler, Staatssekretaer Dr. Boepple, Praesident Dr. Losacker und Ministerialrat Dr. Weh.

Seite 917

. . . Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Praesident Dr. Losacker, dass das Verhaeltnis zur Polizei neuen Pruefungen unterliegen werde. Er habe mit Generalleutnant der Polizei Dr. Kaltenbrunner eine laengere Besprechung gehabt und dabei den Eindruck gewonnen, dass es der Polizei, besonders der Sicherheitspolizei und vielleicht auch dem Reichsfuehrer SS leid tue, einige Zugestaendnisse gemacht zu haben. Man wolle offenbar von der Verordnung vom 8. Juli wieder wegkommen, und zwar vielleicht nicht nur hinsichtlich der Frage der Sicherheit, sondern weil die Verordnung, wenn sie illegal ausgelegt wuerde, eine voellige Aenderung der Polizeibefugnisse und der Stellung der Polizei ueberhaupt zur Folge haben muesse.

Der Herr Generalgouverneur legt nochmals seine Stellungnahme gegenueber der Polizei dar und betont, dass er nicht gewillt sei, von seinem bisher eingenommenen Standpunkt abzuweichen.

H0704-0097

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band V, Eintragung vom 15. 9. 1943

Seite 931- 935

Der Herr Generalgouverneur empfaengt im Koenigssaal in Anwesenheit des Staatssekretaers Dr. Buehler die Obergerichtspraesidenten des Generalgouvernements, die unter Fuehrung des Praesidenten der Hauptabteilung Justiz Ministerialrats Wille erschienen sind.

Nach Vorstellung der leitenden Maenner der Justiz des Generalgouvernements durch Ministerialrat Wille haelt der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache:

Herr Praesident Wille, meine Herren!

Sie koennen sich vorstellen, dass Ihr Besuch auf der Burg bei mir eine besondere Freude ausloest, bin ich doch einer aus Ihren Reihen. Ich freue mich, Ihnen Herr Praesident Wille, Dank und Anerkennung dafuer zum Ausdruck bringen zu koennen, dass Sie das Justizleben im Generalgouvernement so schoen in Gang gebracht, so wuerdig aufgebaut und - ich moechte fast sagen - so sieghaft fuer den Rechtsgedanken durchgesetzt haben.. . . . Ich will vor Ihnen nicht meine Anschauungen ueber die Rechtsidee des Nationalsozialismus darlegen, Sie wissen wie ich dazu stehe, und Sie wissen auch, was ich in diesem Kampf persoenlich ununterbrochen eingesetzt habe. Ich habe den Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund und die Akademie fuer Deutsches Recht gegruendet, ich habe in Muenchen das Haus des Deutschen Rechts aufgebaut und ich habe vom ersten Tag der Bewegung an in grundsaetzlichen literarischen Publikationen versucht, das nationalsozialistische Rechtsideal, wie es im Punkt 19 des Parteiprogramms niedergelegt ist, in die Tat umzusetzen. Im wesentlichen wuensche ich - und dies ist nicht nur mein Wunsch, sondern im gewissen Sinne ein dienstlicher Auftrag an Sie - , dass der deutschen Volksgenosse und die deutsche Volksgenossin

H0704-0098

im Generalgouvernement absolut das Empfinden haben, dass unabhaengige Richter ohne jeden Einfluss irgendeiner staatlichen oder sonstigen Dienststelle auf Grund des alten germanischen Rechtsideals Recht sprechen, wonach niemand verurteilt werden kann, es sei denn, dass man ihn gehoert, ihm Verteidigung und einwandfrei objektive Darlegung seiner Rechsanschauung zu einem konkreten Fall gewaehrleistet hat.

. . . Ich kann fuer mich und die Dienststellen der Regierung wohl in Anspruch nehmen, dass wir uns jeden Eingriffes in die Rechssprechungsakte unserer unabhaengigen Richter enthalten.

Seite 934

. . . Die Gewalt ist immer willkuerlich, das Recht waechst aber aus den ewigen Quellen unseres volksgenoessischen Gemeinschaftsbewusstseins. Gerade ich jedoch, der ich vom Fuehrer als Praesident der Internationalen Rechtskammer eingesetzt wurde, weiss, dass der Fuehrer fuer die Zeit nach diesem Krieg dem Rechtsideal weiten Raum einraeumen wird. Zu dieser ersten Schwierigkeit kann ich Ihnen also mitteilen, dass ich nicht wuensche, das irgendeine staatliche Dienststelle sich in Ihre Justizbelange einmengt.

Seite 934

. . . Hier muss ich feststellen, dass unser Prinzip, soweit wie irgend moeglich die fremdvoelkischen Justizbelange durch fremdvoelkische Faktoren unter unserer Aufsicht erledigen zu lassen, richtig war.

Unsere Linie liegt hier im richtigen Schnittpunkt der Aufteilung dieser beiden Zonen. Ich moechte an dieser Stelle den von Ihnen ueberwachten und kontrollierten fremdvoelkischen Rechtsorganen meine Anerkennung uebermitteln und feststellen, dass sie unter oft schwierigsten Umstaenden die Rechtsbeduerfnisse der fremdvoelkischen Bevoelkerung so befriedigt haben, dass die deutsche Fuehrung dieses Raumes daran nicht nur keinen Anstoss nehmen kann, sondern sie weiterhin in diesem gewissen Selbstaendigkeitsrahmen ungefaehrdet belassen wird . . .

H0704-0099

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band V, Eintragung vom 21.9.1943

Seite 962 - 963

Besprechung mit Staatssekretaer Dr. Muehlmann und Referenten von Palezieux in Gegenwart des Staatssekretaers Dr. Boepple. Gegenstand der Besprechung ist zunaechst die Frage, in welchem Ort die Kunstschaetze des Generalgouvernements untergebracht werden sollen.

Demgegenuerber betont der Herr Generalgouverneur, das ihn

H0704-0100

nur die Kunstschaetze des Generalgouvernements etwas angehen. diese Kunstschaetze des Generalgouvernements seien Staatseigentum des Generalgouvernements. Sie seien vom Staat beschlagnahmt und wuerden hier verwahrt fuer Zwecke, die im Kriege nicht feststellbar seien. Wenn einige Kunstschaetze sich noch ausserhalb des Generalgouvernements befaenden, so muesse ein Verzeichnis aufgestellt werden, in welchem diese Tatsache Erwaehnung finde.

H0704-0101

H0704-0102

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band V, Eintragung vom 19. 10.1943

Seite 1036

SS-Oberführer Bierkamp führt aus, dass man auf Grund der Entwicklung der Sicherhheitslage in den letzten Wochen von einer Mobilmachung der Kräfte der Widerstandsbewegung sprechen müsse. Auf dem ganzen Gebiet des Generalgouvernements seien auf Grund der vorliegenden Meldungen die nationalen Kräfte bis zu 97 % mobilisiert. Vor einiger Zeit habe der SD in Radom ein umfangreiches Lager mit grösseren Mengen Munition gefasst, in Warschau ein weiteres grosses Lager, in dem allein 90 Flammenwerfer versteckt gewesen seien. Die Einflüsse der letzten Zeit hätten der Widerstandsbewegung grosse Mengen an Waffen und Munition zugeführt. Die Sicherheitspolizei habe festgestellt, dass polnische Firmen aus versteckten Waffenlagern grosse Lieferungen über das ganze Land getätigt hätten.

H0704-0103

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band V, Eintragung vom 23. 10. 1943

Seite 1070, 1071, 1084

Eröffnung des Wintersemesters der Verwaltungsakademie in der neuen Universität mit Aushändigung der Kriegsverdienstkreuze I. und II. Klasse durch den Herrn Generalgouverneur.

Seite 1071

Hierauf hält der Herr Generalgouverneur über: "Das Führerprinzip in der Verwaltung" folgenden Vortrag:

Seite 1084

... Die Führung in der Verwaltung heisst weiterhin die Entscheidung über die Methode des Staatshandeln im einzelnen tragen. Diese Methode hängt unmittelbar von der Richtung ab, in der sich der Staatswille des Nebenlandes entwickelt: möglichst pflegliche Behandlung des fremden Volkstums unter Ausschaltung jeder willkürlichen Gewalt zum Zwecke der Sicherstellung von Gesundheit, Lebens- und Arbeitsfreude dieser Bevölkerung im Interesse des europäischen Freiheitskampfes. Gerade die fremde Bevölkerung dieses Raumes soll das Empfinden haben, wenn sie sich auch kriegsbedingt vielen Schwierigkeiten gegenüber sieht, - aber welche Schwierigkeiten hätte nicht das deutsche Volk mit all seinen Blut- und Wertopfern für Europas Freiheit auf sich genommen? -

Sie soll das Empfinden haben, dass sie in zunehmendem Masse einer gerechten Behandlung durch die Führung dieses Gebietes teilhaftig wird. ...

H0704-0104

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band V, Eintragung vom 23. 10. 1943

Seite 1095, 1097, 1098, 1101, 1104, 1105

Presseempfang im Festsaal der Burg.

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache:

H0704-0105

2233 - PS

Ich habe in der ersten Rede, die ich im Lauf dieser Tage in der Verwaltungsakademie gehalten habe, in den Vordergrund meiner verwaltungsrechtlich- theoretischen Betrachtungen wie immer die pflegliche Behandlung der in unserem Interesse arbeitenden Fremdvölkischen gestellt. Diesen Weg wird die Regierung auch weiter beschreiten. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, dass Sie mir bei Erfüllung meiner Aufgabe so schön geholfen haben. Ihre Hilfe hat mit dazu beigetragen, die politische Richtung die ich vertreten habe, und die sich, wie ich ruhig sagen kann, restlos durchgesetzt hat, einhalten zu können. ... Ich freue mich auch immer wieder über die Pflege der Pressepublikationen der Polen und Ukrainer. Mit besonderer Anerkennung möchte ich der Arbeit der Schriftleitungen auf diesem Gebiet gedenken. Meine Herren, die Sie sich dieser Aufgabe unterziehen, seien Sie überzeugt, dass das eines der schwierigsten Kapitel der deutschen Pressepolitik ist, die in diesem Kriege gemeistert werden müssen. ... Ich bin ein alter Verfechter der persönlichen Freiheit, insbesondere der geistesschöpferischen Feiheit. Ich möchte, dass Sie, die Pressearbeiter und Pressearbeiterinnen, sich im Generalgouvernement wohlfühlen und den Eindruck haben, dass Ihnen eine eigene Verantwortungszone mit eigener Entschliessung anvertraut ist, durch die Sie sich selber in Ihrer Position gefestigt fühlen wollen. Allerdings steigt mit dieser eigenen Zone auch Ihre Verantwortung. Ich möchte das Bild einer freischöpferischen Kraft in der Presse immer wieder sehen.

H0704-0106

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, B nd V, Eintragung vom 27. 1^. 1943

Seite 1156, 1157

Fahrt des Herrn Generalgouverneur zur Staatsbibliothek zwecks Teilnahme an der Einweihung des Chopin-Museums. Richtfest für den Kanzleineubau für alle Bauarbeiter und die auf der Burg beschäftigten Nichtdeutschen.
Nach Begrüssungsworten des Baudirektors Hallbauers vom Technischen Zentralamt richtet der Herr Generalgouverneur ... folgende Worte an die Anwesenden:

Seite 1157

... Ich habe heute in Krakau das Chopin-Museum eröffnet. Wir haben unter schwersten Umständen die wertvollsten Erinnerungsstücke an diesen grössten polnischen Musiker gerettet und nach Krakau gebracht. Ich wollte dies nur sagen, um Euch zu zeigen, dass ich mich persönlich bemühen will, die Dinge hier im Lande soweit es irgend geht in Ordnung zu bringen.

H0704-0107

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band VI, Seite 1204,
Eintragung vom 8. 11. 1943

Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple über laufende Regierungsgeschäfte. Der Herr Generalgouverneur gibt darin davon Kenntnis, dass die Abberufung des bisherigen Staatssekretärs für das Sicherheitswesen Krueger ab 10. November 1943 wirksam sei. Sein Nachfolger müsse von Anfang an auf die im Generalgouvernement praktizierte Einheit der Verwaltung hingewiesen werden, eine Zweiteilung der Staatsgewalt werde er nicht mehr dulden. Er werde in Zukunft den Staatssekretär für das Sicherheitswesen nur in Anwesenheit des Chefs der Regierung des Generalgouvernements empfangen. Die Autorität Staatssekretärs Dr. Bühler als Chef der Regierung müsse klar herausgestellt werden. ...

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band VI, Eintragung vom 18.11.43

Seite 1241, Anhang Seite 8 - 9

G e h e i m !

Rede des Reichsfuehrers SS und Reichsministers des Innern

H i m m l e r am 18.11.1943 im Regierungsgebaeude.

Seite 8 - 9 (Anhang)

. . . Ich darf nun zu dem hiesigen Raum kommen. Wenn die Schwierigkeiten im alten Reich an vielen Stellen schon besonders grosse waren, hervorgerufen durch wirtschaftliche Aufruestung im Vierjahresplan, durch das ungeheure Tempo, das wir vorlegen mussten, durch die Einmaersche, durch die Neuneigliederungen grosser Landesteile und durch den Krieg, so waren sie in besonderem Masse schwierig im Generalgouvernement. Die Situation ist Ihnen allen am besten bekannt. Es leben hier 16 Millionen Frendvoelkische und rund 2oo ooo Deutsche, wenn wir die Angehoerigen der Polizei und Wehrmacht noch dazu nehmen, vielleicht 3oo ooo. Diese 16 Millionen Frendvoelkische, die frueher noch durch eine Unzahl von Juden, die ja jetzt ausgewandert sind oder zum Osten gebracht wurden, vermehrt wurden, setzen sich zum groesseren Teil aus Polen und zum kleineren Teil aus Ukrainern zusammen. . .

H0704-0108

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band VI, Eintragungen vom 14.12.1943
Seite 1332, 1338, 1339, 1340, 1341

Zum Abschluss eines in der Schulungsburg des Arbeitsbereiches fuer Offiziere der Luftwaffe veranstalteten Lehrganges ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

.....

Seite 1338

Uns ist im November 1939 die Frage gestellt worden, wie wir diesen Raum den uns der Fuehrer anvertraut hatte und den wir damls vorfanden, in eine Art Ordnung ueberfuehren koennten. Die Beantwortung dieser Frage war eigentlich ganz einfach, indem uns naemlich der Fuehrer damals sagte: Schauen Sie, dass Sie aus diesem Gebiet irgend etwas machen, was haltbar und geeignet ist.

. . . Deshalb muss alles geschehen, damit die Bevoelkerung moeglicht in Ruhe, Frieden und Ordnung gehalten wird, es darf nichts geschehen, was diese Bevoelkerung ueberfluessiger Weise in Unruhe bringt. Ich erwaehne hier nur ein Beispiel: Es waere falsch, wenn wir jetzt waehrend des Krieges in diesem Gebiet grosse deutsche Einsiedlungen in das fremdvoelkische Bauernvolk vornehmen wollten. Diese zumeist mit Zwang versuchten Einsiedlungen fuehren zunaechst dazu, die einheimische Bauernbevoelkerung in eine masslose Unruhe zu versetzen. Das hat wiederum im Hinblick auf die Leistung einen gewaltigen Ausfall im Ernteergebnis und einen Rueckgang der Bestellungsarbeiten wie ander Nachteile im Gefolge. Ebenso falsch waere es, wenn man der Bevoelkerung mit Zwang die Kirche oder jede Moeglichkeit eines einfachen kulturellen Lebens nehmen wuerde, Falsch waere es auch, zu sagen: die Bevoelkerung dieses neuen Gebietes soll ruhig verhungern, wenn nur die Heimat etwas

H0704-0109

zu essen hat. Das ist falsch, solange wir von der Bevoelkerung dieses Raumes eine Arbeitsleistung verlangen.
Sie wissen, dass allein die Ostbahn, die im Eigentum des Staates Generalgouvernement als eigener Betrieb steht, der voellig in den Verwaltungsaufbau des Generalgouvernements eingefuegt ist, 160 000 Angestellte und Beamte zaehlt. Davon sind 145 000 Polen und 9 000 Deutsche. Wenn diese Menschen heute in Unruhe geraten, so faehrt kein Zug im Generalgouvernement. Denn mit den 9 000 Deutschen wuerde ich beim Belagerungszustand hoechstens einige Zuege in Gang bringen. Was das fuer die Ostfront bedeuten wuerde, brauche ich nicht zu sagen. . .

Seite 1340

Wir muessen also zu einer pfleglichen Behandlung dieser Gebiete und ihrer Bevoelkerung notgedrungen kommen. Ich kann zu meiner und zur Freude aller unserer Mitarbeiter feststellen, dass sich dieser Gesichtspunkt restlos durchgesetzt hat und dass alles, was frueher immer gegen die angebliche Polenfreundschaft oder Weichheit dieser Art Anschauung gesagt wurde, vor den Tatsachen in Nichts zusammengesunken ist. . .

H0704-0110

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band VI, Eintragung vom 17.12.1943

Seite 1366

Der Herr Generalgouverneur empfaengt die Mitglieder des neu gebildeten polnischen Hauptausschusses.

Der Praesident des polnischen Hauptausschusses

T s z o r n i c k i gibt zunaechst namens des polnischen Hauptausschusses folgende Erklaerung ab: . . .

Der Generalgouverneur erwidert:

H0704-0111

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit eindringlichen Worten an die Mitglieder des polnischen Hauptausschusses und ersucht sie, den Darlegungen des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen die grösste Aufmerksamkeit zu schenken. Die deutsche Führung wolle ja der polnischen Bevölkerung helfen; sie sei ja nicht im Land, um den Polen etwas Böses zu tun. Sie werde aber auf keinen Fall dulden, dass Deutsche weiterhin ermordet würden. Es seien ja auch im Zuge der neuerdings ergriffenen Massnahmen keine Geiseln erschossen worden, sondern nur solche Personen, die absolut einwandfrei im gerichtlichen Verfahren als Mitglied der Widerstandbewegung festgestellt worden seien. Wenn die Mitglieder des Hauptausschusses irgendwie eine Möglichkeit sähen, der Regierung des Generalgouvernements einen Hinweis zu geben, wie etwa die Verfolgung der Meuchelmörder

H0704-0112

wirkungsvoller gestaltet werden könne, dann mögen sie das den massgebenden Stellen bekanntgeben. Angesichts der Tatsache, dass im Zuge der letzthin ergriffenen Exekutivmassnahmen die Kurve der Ermordungen etwas sinkt, würde er es begrüssen, wenn er dem polnischen Hauptausschuss in seinen Bestebungen noch mehr helfen könnte.

Der Herr Generalgouverneur weist mit Nachdruck darauf hin, dass man in einer ernsten Zeit einen ernsten Versuch unternehme, mit der polnischen Bevölkerung eine Verbindung herzustellen. Die deutsche Führung des Generalgouvernements habe nach wie vor das grösste Interesse daran, eine Befriedigung der polnischen Bevölkerung herzustellen.

H0704-0113

2233 - PS

Franks Tagebuch 1943, Band IV, Eintragung vom 18.12.1943

Seite 1389

Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg in Gegenwart der Staatssekretäre Bühler und Böpple und des Oberregierungsrates Eckhart den Präsidenten der Hauptabteilung Finanzen Dr. Senkowski und die Abteilungsleiter dieser Hauptabteilung.

Seite 1392

Der Herr Generalgouverneur ergreift das Wort zu folgender Ansprache:

Seite 1395

. . . Ich kann am Ende dieses Jahres ruhig sagen, dass sich die von mir eingeleitete politische Führungsmethode mit Recht durchgesetzt hat; es gibt wohl heute auch im Reich niemanden mehr, der nicht einsieht, dass nur so wie wir auf Grund von Erfahrungen und der Behandlung der fremd - völkischen Bevölkerung gemeinsam den Aufbau vollzogen haben, die einzige Möglichkeit gegeben ist, diesen Raum im Interesse des Reiches pfleglich zu verwenden. Ich bin auch gewillt, diesen Weg mit Nachdruck fortzusetzen.

. . . Das Gros der fremdvölkischen Bevölkerung ist absolut zuverlässig und loyal. Auch ihrer und ihrer Arbeit möchte ich in dieser Stunde gedenken. Sie, meine Herren, könnten ja ohne die Fremdvölkischen den Verwaltungsunterbau nicht aufrecht erhalten.

So glaube ich denn, Herr Präsident, dass Sie stolz sein können auf das, was Sie und Ihre Männer geleistet haben. Ich werde nach wie vor darauf sehen, dass ein so abstrakter Staat wie der hiesige, der lediglich auf einer langjährigen Tradition beruht, dass ein solches abstraktes und damnach rein rationales

H0704-0114

Staatsgebilde vor allem eine klare und saubere Finanzgebarung in sich trägt. Ohne sie würden wir in den Abgrund sinken. Aber Sie können sich fest darauf verlassen, dass ich das Steuer weiter in der Hand halten werde. Wenn wir die Führung dieses Raumes behalten wollen, dann müssen wir sauber dastehen. Der Staat muss in seiner Korruptionslosigkeit in der Treue und selbstlosen Hingabe der Beamten und der Menschen, die in diesem Raum leben, leuchten . . .

H0704-0115